



Ulla Jelpke

Mitglied des

Deutschen Bundestages

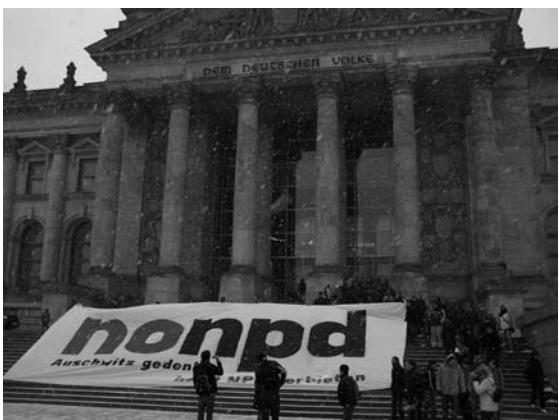
für DIE LINKE.



Arbeitsbericht

2005-2009

16. Wahlperiode



Impressum

V.i.S.d.P:
Ulla Jelpke MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mitarbeit:
Nick Brauns, Frank Brendle, Dirk Burczyk,
Hannes Dräger, Martina Huth, Katharina
Schwabedissen, Chris Seyda

Druck: Druckwerk GmbH (Dortmund)

Copyright: Ulla Jelpke

Inhalt

	Seite
Kandidaturerklärung: Mit ganzem Herzen links!	4-5
Freiheit verteidigen! Schutz von Bürger- und Freiheitsrechten	6-9
Bundeswehreinsätze im Inland: Angriff auf die Demokratie	10-11
Heiligendamm 2007: Feldversuch in Sachen Sicherheitsstaat	12
Kompromisslos gegen Krieg	13
Kampf gegen Neofaschismus und die Umtriebe am rechten Rand der Mitte	14-19
Entschädigung für „vergessene Opfer“	20
Asyl- und Flüchtlingspolitik	21-24
15 Jahre faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl	24-25
Internationale Solidarität	26-28
Bericht aus den Wahlkreisbüros	29-30
Kleine Presseschau	30
Zahlen und Fakten	31

Lesehinweis

Um die teils sperrigen Titel der zahlreichen parlamentarischen Initiativen zu vermeiden, aber auch einfaches Nachschlagen derselben zu ermöglichen, wird meist nur die Drucksachennummern angeben. Diese werden von der Bundestagsverwaltung vergeben. Bei den „Kleinen Anfragen“ wird eine Nummer für die Kleine Anfrage vergeben, und eine für die Antwort der Bundesregierung. Angegeben ist grundsätzlich die Drucksachennummer der Antwort; mit der Suchfunktion auf meiner homepage www.ulla-jelpke.de können die Antworten leicht nachgeschlagen werden.

Mit ganzem Herzen links: Grundrechte verteidigen, soziale Gerechtigkeit erkämpfen

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt viele Gründe für eine starke Linke, und es gibt ermutigende Beispiele, die zeigen, dass eine entschlossene Opposition Wirkung hat.

Durch Anfragen, Anträge und andere parlamentarische Initiativen bringt die Fraktion DIE LINKE. die Regierung immer wieder in Erklärungsnot. Ihre inhumane, antidemokratische Politik aufzudecken, ein Sandsturm in ihrem Getriebe zu sein und dadurch linken Bewegungen Bälle zuzuwerfen, ist ein Grundanliegen meiner parlamentarischen Arbeit.

Der Widerstand gegen den Ausbau des Überwachungsstaates, die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, eine rassistische Flüchtlingspolitik und gegen Neofaschismus gehören zu den Schwerpunkten meiner Tätigkeit als Abgeordnete. Diese Arbeit möchte ich auch in Zukunft fortführen.

Die Fraktion DIE LINKE. hat, im Gegensatz zur PDS früher, eine große Beachtung in den Medien gefunden. Darin drückt sich die gesteigerte Bedeutung unserer Partei seit dem Zusammenschluss von WASG und PDS aus. Mehr Beachtung heißt allerdings nicht unbedingt freundlichere Beachtung. Gerade in den letzten Monaten läuft gegen die Fraktion als Ganzes sowie gegen einzelne Abgeordnete im Besonderen eine regelrechte Schmutzkampagne. Da wird uns vorgeworfen, „Terror sympathisanten“ zu sein, weil wir uns gegen neue Überwachungsgesetze stellen, oder es wird uns Demokratiefeindlichkeit vorgeworfen, weil wir das Grundgesetz gegen die Bundesregierung verteidigen. Auch solche Kampagnen zeigen: DIE LINKE. wirkt!

Die große Koalition hat ihre bequeme Mehrheit im Bundestag für eine wahre Serie von Gesetzesverschärfungen genutzt. Mit der „Bekämpfung des Terrorismus“ argumentierend, schränken sie die Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger ein. Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten wird unterlaufen; die Vorratsdatenspeicherung ermöglicht es den Behörden, nachzuvollziehen, wer von uns wann mit wem telefoniert. Das „Weißbuch“ schreibt den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee fest und peilt den Inlandseinsatz an. An den Außengrenzen der Europäischen Union sterben immer mehr Flüchtlinge, die vor den Folgen der kapitalistischen Globalisierung fliehen, während Menschen in Regionen abgeschoben werden, wo sie Folter, Hunger und Krieg erwarten. Neofaschistische Straftaten erreichen von Jahr zu Jahr neue „Rekordmarken“, zugleich machen sich rechtsextreme Auffassungen in der Mitte der Gesellschaft breit.

Die kapitalistische Wirtschaftskrise, die wir derzeit erleben, wird innen- und sicherheitspolitisch nicht folgenlos bleiben. Wir müssen damit rechnen, dass die sogenannte „moderne Sicherheitsar-



chitektur“ weiter aufgebaut werden soll – allen voran von Union und SPD, bei moderater Kritik von FDP und Grünen. Ich möchte dagegen in einer starken linken Fraktion den Aufbau dieses immer monströser werdenden Überwachungsapparates demaskieren und stoppen. Wir müssen damit rechnen, dass die Pläne zum Bundeswehreinsatz im Inland weiter entwickelt werden – wie immer in Krisenzeiten, und wie immer gegen Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose. Wir müssen damit rechnen, dass Migrantinnen und Migranten verstärkt zu Alibis für Repression und Überwachung gemacht werden und Neonazis sich noch mehr einer scheinbar „volksnahen“ sozialen Demagogie bedienen.

Dagegen möchte ich helfen, klare linke Positionen zu stärken: Gegen Grundrechteabbau, für eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik, für konsequenteren Antifaschismus, gegen die Militarisierung der Polizei und gegen Kriegseinsätze im Ausland wie im Inland. DIE LINKE. wird nur erfolgreich sein, wenn sie glaubwürdig bleibt. In der nächsten Fraktion werde ich mich daher auch weiterhin für konsequent antikapitalistische Positionen einsetzen.

Die Fraktion DIE LINKE. ersetzt keine linken Bewegungen, sie repräsentiert sie auch nicht. Sie kann und soll sich aber mit ihnen ergänzen und sie massiv unterstützen. Zugleich basiert eine erfolgreiche linke Parlamentsarbeit auf den Ergebnissen außerparlamentarischer Initiativen. Deswegenachte ich darauf, dass meine parlamentarische Arbeit in enger Verbindung mit außerparlamentarischen Gruppen vor allem aus dem Friedens-, Antifa- und Migrationsbereich steht. Deswegen ist für mich auch selbstverständlich, was das Bundesamt für Verfassungsschutz in meiner Personalakte festgehalten hat: „Weiterhin ist bekannt, dass Sie sich an zahlreichen Demonstrationen beteiligten oder als deren Anmelderin auftraten.“ Diejenigen, die der Linken bis heute gerne „Stasi-Nostalgie“ vorwerfen, sind die gleichen, die eine bislang nicht dagewesene Überwachungstechnologie installieren, und sie halten bereits die Teilnahme gewählter Abgeordneter an Demonstrationen für beobachtungswürdig. Das ist bezeichnend dafür, dass der Verfassungsschutz seinen Namen nicht verdient. Soll er noch viel zu notieren haben!

mit kämpferischen Grüßen,



Tätigkeit in der Fraktion

Ich bin innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. und Obfrau für die Fraktion im Innenausschuss. In dieser Funktion koordiniere ich die Tätigkeit der LINKE.-Abgeordneten im Innenausschuss und lege gemeinsam mit den Obleuten der anderen Fraktionen die Tagesordnung fest. Außerdem bin ich Mitglied im Arbeitskreis BürgerInnenrechte und Demokratie, in dem die Innen- und RechtspolitikerInnen der Fraktion sowie die Mitglieder des Petitionsausschusses ihre Arbeit diskutieren und Initiativen der Fraktion vorbereiten.

Als Vertreterin der Fraktion DIE LINKE. bin ich Mitglied im
Beirat des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“
Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ („Zwangsarbeiterstiftung“)

Mitgliedschaften

Partei DIE LINKE.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)

Gesellschaft für Faschismusforschung

Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V.

Mitherausgeberin der Zweiwochenzeitschrift „Ossietzky“

Mitglied im Herausgeberkreis der „antifaschistischen nachrichten“

Freiheit verteidigen! Schutz für Bürger- und Menschenrechte

Unter der Union/SPD-Koalition mit ihrem Innenminister Wolfgang Schäuble wurde der bereits von der vorangegangenen SPD-Grünen-Regierung betriebene Aufbau eines Überwachungsstaates mit immer weiteren Einschränkungen demokratischer Freiheitsrechte noch erheblich forciert. Diesen regelrechten Amoklauf des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble gegen das Grundgesetz kommentierte ich mit den Worten: „Der oberste Verfassungsfeind sitzt im Innenministerium“. Doch auch die SPD mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries knickte am Ende bei fast allen Forderungen Schäubles ein und sekundierte den Raubbau an den Grundrechten.

Trennungsgebot

Der von der NATO ausgerufene und von der Bundesregierung unterstützte „Krieg gegen den Terror“ ist grenzenlos. Er hebt die Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik auf, desgleichen die Trennung zwischen staatlicher und privater „Sicherheitspolitik“. Und auf der Strecke bleibt auch eine der grundlegenden Lehren, die aus der Nazi-Vergangenheit gezogen wurden: die Trennung von Polizei und Geheimdiensten.

Der erste Schritt war 2004 die Einrichtung des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums auf dem Gelände des Bundeskriminalamtes in Berlin-Treptow. Mit einem Antrag (Drucksache 16/2624) versuchte DIE LINKE., das Trennungsgebot anlässlich der Einrichtung der Antiterrordatei, auf die 38 Sicherheitsbehörden gemeinsamen Zugriff haben, zu verteidigen. Doch erneut war die SPD umgekippt und das Grundgesetz wurde von der Großen Koalition mit Füßen getreten. Der nächste Meilenstein auf dem Weg zum Überwachungsstaat war 2008 das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung sämtlicher Telekommunikationsdaten, das nach Meinung der LINKEN unter anderem gegen das Recht auf informative Selbstbestimmung verstößt. Dann folgte das

BKA-Gesetz, das wir im Bundestag als „Angriff auf die Bürgerrechte“ ablehnten. Das Bundeskriminalamt erhält so zahlreiche neue Befugnisse etwa zu Lausch- und Spähangriffen oder den geheimen Onlinedurchsuchungen bereits auf bloßen Verdacht einer Beziehung zu möglicherweise terroristischen Gruppierungen hin.

Für Schlagzeilen sorgte insbesondere meine Charakterisierung des neuen BKA in einer Plenardebattie als einer „geheim operierenden Staatspolizei“, die weit im Vorfeld einer möglichen Straftat mit weitreichenden Sondervollmachten ermitteln darf.

Terrorhysterie

Im Innenausschuss des Bundestages forderte ich die Regierung und die Spitzen von BKA und Geheimdiensten mehrfach auf, Beweise für angeblich drohende Terroranschläge in Deutschland auf den Tisch zu legen. Da stellte sich die Panikmache schnell als heiße Luft heraus, wenn Fotos bäriger Männer mit kyrillisch beschrifteten Dosen als angebliche Belege für drohende Anschläge mit „schmutzigen“ Bomben aus nuklearem Material dienten. So wurde deutlich: Schäuble will ein Klima der Angst schaffen, um damit den Koalitionspartner SPD weich zu kochen und zur Zustimmung für seine Überwachungsgesetze zu bewegen. Weil die reale Bedrohungslage nichts hergibt, wird sie von Schäuble gerne aufgebauscht.

Geheimdienste

Seit Anfang der 90er Jahre ist die PDS für die Auflösung aller Geheimdienste eingetreten. Innerhalb der heutigen Partei DIE LINKE. ist diese Forderung nicht unumstritten. Bei Debatten innerhalb der Fraktion habe ich daher vertreten, dass sich Geheimdienste niemals demokratisch kontrollieren lassen und in einer Demokratie einen Fremdkörper und eine grundsätzliche Gefahr für die Bürgerrechte darstellen.

Terrorparagraphen

Nur in den wenigstens Fällen kam es in den letzten 30 Jahren zu Anklagen oder gar Verurteilungen aufgrund des berüchtigten Terrorparagraphen 129a Strafgesetzbuch. Das bewiesen auch unsere mittlerweile jährlichen Anfragen zu Verfahren nach den Paragraphen 129, 129a und 129b StGB. (u.a. Drucksachen 16/49, 16/3947, 16/5696, 16/10045) Das Ziel solcher Ermittlungsverfahren ist vielmehr die Einschüchterung, Stigmatisierung und Ausforschung oppositioneller Bewegungen. 2007 hat der Bundes-

lungssaal nehmen durften, am eigenen Leib erleben. Mit einer Kleinen Anfrage hakte ich nach, warum Beamte des Bundeskriminalamtes als Beobachter an dem Verfahren teilnahmen und so die Gefahr der Zeugenbeeinflussung und Prozessmanipulation bestand. (Drucksache 16/10982)

Mehrere meiner Kleine Anfragen beschäftigten sich mit den Auswirkungen des 2002 neu eingeführten Paragraphen 129b StGB gegen so genannte ausländische terroristische Vereinigungen. (Drucksache 16/7990, 16/11078) Allein außenpolitische Interessen der

Bundesregierung und Einschätzungen ihrer Partnerländer bestimmen, ob es sich bei einer Organisation, die in Deutschland keine Straftaten begangen hat, um eine verfolgte terroristische Vereinigung oder eine hofierte und unterstützte Befreiungsbewegung handelt. Nachdem der Paragraph 129b in seiner „Testphase“ vor allem gegen islamistische Gruppierungen Anwendung fand, wer-



gerichtshof mehrfach die rechtswidrige Anwendung des Terrorparagraphen 129a StGB gegen Globalisierungsgegner im Vorfeld des Heiligendammer G8-Gipfels sowie gegen Antimilitaristen gerügt.

Von Anfang an wandte ich mich gegen den Terrorismusvorwurf gegen Berliner Antimilitaristen, denen Brandstiftungen unter anderem an Bundeswehrfahrzeugen vorgeworfen wurden, bei denen es zu keinerlei Personenschäden kam. Brandstiftung und Sachbeschädigung sind zwar Straftaten, aber eben kein Terrordelikt. Ich besuchte die Verdächtigen im Gefängnis und nahm als Prozessbeobachterin am ersten Verhandlungstag teil. So konnte ich die schikanöse Behandlung von Prozessbesuchern, deren Ausweise kopiert und die nicht einmal einen Kugelschreiber oder Taschentücher mit in den Verhand-

lungen zunehmend Linke damit verfolgt. In Stuttgart-Stammheim stehen seit März 2008 fünf linke Aktivisten aus der Türkei vor Gericht. Gerade bei diesem Ermittlungsverfahren zeigt sich die zusätzliche Problematik des Paragraphen 129b StGB, dass verfahrensrelevante Erkenntnisse häufig von Polizeibehörden oder Geheimdiensten aus Staaten stammen, in denen auch Folter angewendet wird. Diese Problematik thematisierte ich in einer Kleinen Anfrage (Drucksache 16/11078) und forderte anschließend: „Das Verwertungsverbot von erfolterten Erkenntnissen muss auch in der Praxis durchgesetzt werden. Mit Folterbehörden darf es keine Zusammenarbeit geben - auch nicht im Namen der so genannten Terrorbekämpfung.“

Ich habe mich daher im Parlament gegen die geplante Einführung der vom Bundeskabinett vorgelegten neuen Paragrafen 89a „Vorbereitung einer Gewalttat“ und 91 „Anleitung zu einer Gewalttat“ gewandt, die als reine Willkürparagrafen, Gesinnungen und bloße Fähigkeiten verfolgen und sich nicht mehr gegen konkrete Straftaten richten. Im Parlament, auf Kundgebungen und in Versammlungen habe ich vertreten: „Nachträgliche Rügen des BGH oder häufige Verfahrenseinstellungen ändern nichts daran, dass die Sondervorschriften dieser Paragrafen schwerwiegende Einschränkungen in die Grundrechte Verdächtiger wie auch gänzlich Unbeteiligter darstellen. Aus rechtsstaatlicher Sicht kann es daher nur eine Schlussfolgerung geben: die Terrorparagrafen 129, 129a und 129b sind Fremdkörper im deutschen Strafrecht und gehören abgeschafft – im Interesse des Rechtsstaats und der Grundrechte.“

Terroristen

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat die EU Listen von Organisationen und Einzelpersonen eingeführt, die von einem geheim tagenden Gremium europäischer Regierungsvertreter beim EU-Rat als terroristisch eingestuft wurden. Betroffen sind neben islamistischen Gruppierungen auch Freiheitsbewegungen und kommunistische Organisationen. Eine Nennung auf diesen „Terroristen“ hat für die Betroffenen schwerwiegende Folgen – von der Sperrung sämtlicher Vermögenswerte bis zur Einschränkung der Reisefreiheit. Bereits mehrfach hat der Europäische Gerichtshof den EU-Rat wegen der Verletzung von Verteidigerrechten einzelner auf der Terrorliste aufgeführten Personen und Organisationen gerügt. Ich habe mich daher grundsätzlich gegen die Praxis der undemokratischen schwarzen Listen ausgesprochen. (Kleine Anfrage zur „Terrorliste“ Drucksache 16/6236)



Politische Gefangene

Die hysterischen Reaktionen hauptsächlich aus den Reihen der Regierungsparteien auf ein antikapitalistisches Grußwort des ehemaligen RAF-Aktivisten Christian Klar auf der XII. Rosa-Luxemburg-Konferenz im Januar 2007 zeigten, dass es diesen Politikern nicht um Recht oder Gnade, sondern um völlige Unterwerfung des politischen Gefangenen geht. Dagegen habe ich vertreten, dass auch politische Gefangene das Recht auf freie Meinungsäußerung haben und nicht mit Hafterschwernissen oder der Streichung bereits gewährter Erleichterungen bestraft werden dürfen.

Mit einer Nachfrage bei der Generalbundesanwaltschaft (GBA) und einer Presseerklärung setzte ich mich erfolgreich dafür ein, dass der schwer herzkranke türkische Journalist Mustafa Atalay, der wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer von der GBA als terroristisch angesehenen türkischen kommunistischen Organisation aus der Einzelhaft in Hannover in ein Krankenhaus verlegt wurde.

Mehrfach intervenierte ich bei Justizbehörden zugunsten türkisch-kurdischer Oppositionspolitiker, die aufgrund türkischer Haftbefehle in Deutschland in Auslieferungshaft genommen wurden.

Bürgerrechte im Knast

Zahlreiche Straf- und Untersuchungsgefangene nutzten das Recht, mit mir als gewählter Volksvertreterin ohne Zensur und Kontrolle durch die Gefängnisleitung in Kontakt zu treten. Ihre Anliegen reichten von Beschwerden über Schikanen durch das Justizvollzugspersonal über die Frage nach bestimmten Gesetzestexten bis zur Bitte um Aufnahme in die Partei DIE LINKE. In mehreren Fällen konnte ich mit persönlichen Schreiben an den Direktor einer JVA das Ende besonderer Missstände erreichen. In vielen Briefen geben Strafgefangene ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Linkspartei sich grundsätzlich der Problematik des Strafvollzugs annehmen würde. Die

Partei DIE LINKE. profiliert sich heute insbesondere mit den Themen „soziale Gerechtigkeit“ und „Bürgerrechte“. Dieser Anspruch darf vor Knastmauern nicht Halt machen. DIE LINKE. muss sich für eine Reform des Strafvollzugs stark machen, die den vom Gesetz geforderten Resozialisierungsanspruch absolut in den Vordergrund stellt. Dazu gehört auch die Zahlung von Tariflöhnen für Knastarbeit. Anstatt Menschen wegen Fehlverhaltens einfach wegzusperren, muss nach den sozialen Ursachen von Kriminalität gefragt werden. In einer Kleinen Anfrage thematisierte ich die Ungleichbehandlung von zu lebenslänglicher Haft Verurteilten in verschiedenen Bundesländern. (Drucksache 16/5660)

Außerparlamentarische Initiativen

Auch im Bereich der Verteidigung von Grundrechten habe ich eine enge Zusammenarbeit mit außerparlamentarisch tätigen Initiativen und Bewegungen wie dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, der Roten Hilfe e.V. oder dem Rechtshilfefonds für Kurden Azadi angestrebt. So unterstützte ich die von einem breiten Bündnis aus über 100 Organisationen getragene Demonstration „Freiheit statt Angst“ im Oktober 2008 in Berlin, die zur größten Manifestation der Bürgerrechtsbewegung in der Bundesrepublik seit dem Volkszählungsboykott der 80er Jahre wurde.

Auf einem bundesweiten Kongress der Gewerkschaftslinken sprach ich im Juni 2007 darüber, wie der Abbau von demokratischen Grundrechten die Kampffähigkeit der Gewerkschaften schwächt. In der Zeitschrift „Die Rote Hilfe“ der strömungsübergreifenden linken Schutz- und Solidaritätsorganisation Rote Hilfe e.V. habe ich in einer eigenen Kolumne regelmäßig aktuelle Themen wie die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, Bundeswehreinsätze im Inland oder die Problematik von Folteraussagen in deutschen Gerichtsverfahren kommentiert.

Bundeswehreinsätze im Inland: Kampfansage an die Demokratie

Militäreinsätze im Inland durchzusetzen, stand von Anfang an auf der Tagesordnung der Bundesregierung. Das Bundesverfassungsgericht machte ihr mit dem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz Anfang 2006 allerdings einen Strich durch die Rechnung: Die Absicht, bei „Terrorverdacht“ zivile Flugzeuge mitsamt Passagieren abzuschießen, verstieß nach Ansicht der Richter gegen die Menschenwürde, das wichtigste Prinzip unserer Verfassung.



Die Regierung gab nach dem Urteil aber keinen Frieden, sondern eröffnete ein wahres rhetorisches Dauerfeuer auf das Grundgesetz. Vor der Weltmeisterschaft im Sommer 2006 erweckten vor allem Innenminister Wolfgang Schäuble und Verteidigungsminister Franz Josef Jung den Eindruck, ohne das Militär sei die Sicherheit der Fußball-Fans überhaupt nicht zu gewährleisten.

Um dem Militarisierungsanspruch Argumente entgegenzusetzen, habe ich im Arbeitskreis Bürgerrechte und Demokratie der Fraktion eine öffentliche Anhörung zum Thema vorgeschlagen, die im Mai 2006 stattfand. Ein Vertreter der Gewerkschaft der Polizei erklärte dabei mit Blick auf die Forderung Schäubles, man solle Soldaten in den Innenstädten postieren: „Wer so redet, hat keine Ahnung von Objektschutz.“

Der Kasseler Friedensforscher Michael Berndt stellte fest, dass der massive Einsatz von Soldaten nicht sachlich geboten sei, sondern als Mittel angewandt werde, „um Akzeptanz für gewaltförmige Scheinlösungen“ zu schaffen.

Tatsächlich sind dann über 2000 Soldaten bei der WM eingesetzt worden, weitere 5000 blieben in Bereitschaft (Drucksache 16/1285). In einer Bilanz

habe ich die WM als „Katalysator von Entwicklungen auf dem Feld der „Inneren Sicherheit““ bezeichnet, nicht nur, weil sie als Großmanöver für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit genutzt wurde, sondern weil Hunderttausende von WM-Beschäftigten sich Regelanfragen der Geheimdienste gefallen lassen mussten, weil Videoüberwachung und RFID-Chips großflächig eingeführt wurden.

Insbesondere die Union hat wiederholt Vorstöße unternommen, der Bundeswehr einen Schießbefehl erteilen zu können. Schäuble sprach

gar von einem „Quasi-Verteidigungsfall“, der bei Terroranschlägen ausgerufen werden solle. „Ob völkerrechtlicher Angriff oder innerstaatliches Verbrechen, ob Kombattant oder Krimineller, ob Krieg oder Frieden: Die überkommenen Begriffe verlieren ihre Trennschärfe und damit ihre Relevanz“, schrieb er im Tagesspiegel (Januar 2007). Wenn der Innenminister die Unterscheidung von Krieg und Frieden für irrelevant hält, zeigt das deutlicher als alles andere, wie verfassungsfeindlich und demokratiebedrohend die Pläne zur Militarisierung der Innenpolitik sind.

SPD-Justizministerin Brigitte Zypries, die sich in der Öffentlichkeit gerne als Schäubles Korrektiv hinstellt, um am Ende doch klein beizugeben (siehe BKA-Gesetz) forderte im Oktober 2008 gemeinsam mit Schäuble eine Grundgesetzänderung. Sie schei-

terten kläglich, unter anderem weil selbst den Unionsvertretern aus den Ländern das Vorhaben, die Bundeswehr ohne Zustimmung der Bundesländer in Marsch zu setzen, nicht geheuer war. Im Prinzip sind sich beide Parteien einig, aber über die Details streiten sie sich sehr ausgiebig – was in diesem Fall nicht das Schlechteste ist.

Weil es mit der Verfassungsänderung nicht klappt, setzt die Regierung immer deutlicher auf eine Militarisierung durch die Hintertür und baut das Instrument der sogenannten Amtshilfe aus. Beim G8-Gipfel in Heiligendamm haben wir gesehen, wohin das führt: insgesamt 2350 Soldaten wurden eingesetzt, darunter 640 Feldjäger, die teils mit G 36-Sturmgewehren bewaffnet durch die Region patrouillierten. Tornado-Flugzeuge der Luftwaffe sollten angeblich „geheime Waffenlager“ aufstöbern. Ich habe mir Zugang zu den Bildern verschafft: Sie zeigen den Aufbau der Protestcamps, einzelne Personengruppen, Transparente usw. Es ging eindeutig um die Überwachung der Protestbewegung, wie auch beim Einsatz der Spähpanzer „Fennek“.

In den folgenden Monaten gehörte die Aufklärung des Bundeswehreinsatzes zu den Schwerpunkten meiner Arbeit. Nur mit einer wahren Serie von Anfragen und Vorstößen im Innen- und Verteidigungsausschuss konnte ich schließlich Zahlen und Einsatzdetails dieses bislang größten Bundeswehr-Inlandseinsatzes feststellen. Die Ergebnisse habe ich in einer Dokumentation veröffentlicht (auf meiner Homepage, s. a. Drucksachen 16/6046, 16/6317, 16/7221).

Eine der Lehren aus dem Gipfel war für mich, verstärkt die „Amtshilfe“ unter Kontrolle zu bekommen. Ich stelle nun einmal pro Quartal eine Anfrage, die die Regierung zwingt, detailliert Rechenschaft abzulegen. Die bisherigen Zahlen sind recht eindeutig: Amtshilfe für Behörden und sogenannte Unterstützungsleistungen für Private steigen fast explosionsartig an – von 27 im Jahr 2007 auf 104 im Jahr 2008. (u.a. Drucksachen 16/12004 und 16/11993). Ganz offenkundig geht es hier nicht um Sachzwänge, son-

dern um eine politische Strategie, Bevölkerung und Soldaten an Inlandstätigkeiten zu gewöhnen.

Bei Redaktionsschluss dieses Arbeitsberichtes sitzt die Bundeswehr bereits für den nächsten derartigen Einsatz in den Startlöchern: Zum Nato-Gipfel im April 2009 sind schon etliche „Amtshilfeanträge“ gestellt, weitere werden erwartet. Das hat mir die Bundesregierung im Januar bestätigt. Ganz ohne Grundgesetzänderung, aber dem Sinn der Verfassung zuwiderstrebend, werden bundesweit Reservistenkommandos im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit aufgebaut.

DIE LINKE ist nicht die einzige Fraktion, die Kritik an den Regierungsplänen übt, sie unterscheidet sich aber dadurch von Grünen und/oder FDP, dass sie nicht nur „fachliche“, sondern grundsätzliche Kritik übt. Der Deutsche Bundeswehrverband beispielsweise hat Recht, wenn er nicht will, dass seine Soldaten in Situationen rechtswidrige Befehle erhalten, und die Gewerkschaft der Polizei weist zu Recht darauf hin, dass Soldaten keine polizeiliche Ausbildung haben.

Darüber hinaus stelle ich aber nicht nur die Frage, ob die Bundeswehr „Sicherheit“ bieten kann, sondern, wessen Sicherheit sie gewähren soll und gegen wen.

Das Weißbuch der Bundeswehr sieht offensive Militäreinsätze im Ausland vor, um den Zugang zu Ressourcen freizuschießen. Der Inlandseinsatz ist die Kehrseite: Hier werden, wenn der Bedarf gegeben ist, jene „kritische Infrastruktur“ geschützt, die Grundlage kapitalistischen Profitmachens ist. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt, dass Inlandseinsätze immer und ausschließlich dem Niederschießen linker und revolutionärer Bewegungen dienten.

Die Grundaussage der Verfassung lautet: Das Militär soll sich nicht in innere Konflikte einmischen, es soll politisch neutral bleiben. Diese rote Linie hat die Bundeswehr beim G8-Gipfel in Heiligendamm ganz klar überschritten.

DIE LINKE und alle antimilitaristischen Kräfte müssen sie wieder hinter diese Linie treiben!

Der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm: Feldversuch in Sachen Sicherheitsstaat

Beim Gipfel der G-8 Staaten im Frühjahr 2007 hat die Bundesregierung eindrucksvoll vorgeführt, worauf ihre „präventive Sicherheitspolitik“ hinausläuft: Auf einen Staat, der mit massivem Polizei- und Militäreinsatz die Grundrechte der Bevölkerung aushebelt, um die Macht der Herrschenden zu sichern.

Als eine der Anmelderinnen der Großdemo am 7. Juni 2007 in Rostock habe ich diese Politik hautnah miterlebt.

Von Anfang an wurden die Gegnerinnen und Gegner des Gipfels von Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Innenministerium unter „Terrorverdacht“ gestellt. Ich habe mich in Kleinen Anfragen, auf Pressekonferenzen der Globalisierungsgegner/innen, in eigenen Presseerklärungen und im Innenausschuss des Bundestages stets gegen diese Kriminalisierung gewandt. Immer, wenn ich Belege für die „Terrorwarnungen“ gefordert habe, hieß es: Alles geheim. Ziel war es, die Protestbewegung in Verruf zu bringen.

Ende April 2007 hatte ich eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 16/5185) mit den Worten eingeleitet: „Zu befürchten ist auch, dass vor und während des G8-Gipfels in Heiligendamm Grund- und Bürgerrechte wie Meinungs- und Demonstrationsfreiheit den überdimensionierten Sicherheitsinteressen des Staates untergeordnet werden.“ Kurz danach holte die Staatsmacht zum ersten großen Schlag aus und führte bundesweite Razzien durch – begründet mit dem berüchtigten „Terrorparagraphen“ 129a. Die Razzien sind später vom Bundesgerichtshof für illegal erklärt worden.

Rund um den Tagungsort wurde ein demokratiefreier Raum mit einem pauschalen Demonstrationsverbot geschaffen. 18.000 Polizisten sollten es durchsetzen, und das Militär stand mit über 2.350 Soldaten, Spürpanzern und Tornado-Aufklärungsflugzeugen „hilfreich“ zur Seite.

Bei den Protestaktionen wurden weit über 1000 Menschen festgenommen, viele von ihnen anschlie-

gend in Käfigen festgehalten, Anwälten der Zutritt verweigert. Auf einer Anhörung der Fraktion DIE LINKE resümierte Rechtsanwalt Sönke Hilbrans einen Monat nach dem Gipfel, die DemonstrantInnen seien regelrecht „zu Feinden erklärt“ worden.



Widerstand war möglich

Trotz der Veranschaulichung, was im repressiven „Sicherheitsstaat“ von den Grundrechten übrig bliebe: Der Gipfelprotest war ermutigend. Schon die Diffamierungsversuche im Vorfeld sind gescheitert. Nur wenige Stunden nach den Razzien Anfang Mai demonstrierten spontan Tausende von Menschen im ganzen Bundesgebiet.

In Heiligendamm haben sich Zehntausende von Menschen trotz Diffamierungsversuchen, Polizeisperren, Feldjägern und Kampfflugzeugen versammelt und gegen die Politik der Herrschenden protestiert. „Wir müssen die Grundrechte auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie verwehrt werden“, hatte Christoph Kleine von der Interventionistischen Linken bei der Anhörung unserer Fraktion ausgeführt. In Heiligendamm ist das geschehen – und es muss auch weiterhin geschehen!

Kompromisslos gegen Krieg

Für mich ist selbstverständlich, dass ich mich gegen jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr stelle. Bei den Abstimmungen im Bundestag habe ich ausnahmslos, wie die Mehrheit der Fraktion, mit „Nein“ gestimmt, egal, ob es um Afghanistan, Kosovo, die libanesische Küste oder den Sudan ging. Ich gebe nichts auf die Propaganda, deutsche Soldaten sollten im Ausland „humanitäre Hilfe“ leisten: Die Bundeswehr betrachte ich als Teil des Problems und nicht als Lösung.

Auch wenn der Schwerpunkt meiner Tätigkeit auf innenpolitischem Gebiet liegt, widme ich einen großen Teil meiner politischen Arbeit der Friedensfrage. Gleich nach meiner Wahl in den Bundestag habe ich mich in Berlin in eine Demonstration gegen den Großen Zapfenstreich der Bundeswehr eingereiht und in einer Rede bei der Auftaktkundgebung den Umbau der Bundeswehr zur Angriffsarmee kritisiert. Aus den gleichen Gründen nahm ich auch an den „GelöbNiX“-Protesten in Berlin gegen das „öffentliche“ Gelöbnis am 20. Juli, bei deren Gelegenheit der so genannte „militärische Widerstand gegen Hitler“ regelmäßig zu einer Veranstaltung von Demokraten verklärt wird. Selbstverständlich bin ich auch bei den Ostermärschen als Rednerin oder Mitdemonstrantin dabei, ebenso bei Demos für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Gegen jede Form militärischer Intervention

Innerhalb der Partei setze ich mich dafür ein, die klare antimilitaristische Beschlusslage beizubehalten. Aufweichungen nach dem Motto „Krieg ja, wenn UN-Mandat“ oder ähnliches sind mit mir nicht zu machen. Dem entspricht meine Haltung zur Nato. Ich bin dafür, dieses aggressive Militärbündnis aufzulösen. Durch die Nato-Strukturen unterstützt die BRD auch solche Kriege, bei denen sie nicht direkt

mitmacht. Zum Beispiel durch Überflugrechte für US-amerikanische oder britische Kampfflugzeuge oder durch Transport und Lagerung von Kriegsgerät. Mit solchen Handlangerdiensten soll endlich Schluss sein, deswegen fordere ich, die Nato aufzulösen. Schon ein Austritt der BRD allein würde die NATO empfindlich schwächen. Bestrebungen, die Nato „zu überwinden“, gehen mir dagegen nicht weit genug und sind mir zu unpräzise.

Der Anti-Piraterie-Einsatz am Horn von Afrika verdeutlicht, welche Hauptfunktion das Militär kapitalistischer Staaten hat: es soll die Geschäftsgrundlage der kapitalistischen Herrschaft retten. Dem dienen geostrategische Positionierungen, wie am Horn von Afrika, dem dient die Aufgabenzuweisung im Weißbuch der Bundeswehr: Handelswege und Zugänge zu Rohstoffen freizuhalten, notfalls mit Gewalt. Frei nach dem Motto: Friede den Kapitalisten, Krieg den Proletariern.

Parlamentarische Arbeit

Bei der parlamentarischen Arbeit in diesem Bereich lag mein Hauptaugenmerk auf den Polizeieinsätzen im Ausland. Diese tendieren immer deutlicher dazu, die Militäreinsätze zu flankieren, und haben mit einer „zivilen Außenpolitik“ wenig zu tun. Besonders deutlich wird das in Afghanistan, wo der Polizei- und Militäreinsatz gemeinsam koordiniert wird.

Die Gesetzeslage sieht bislang keine umfassende parlamentarische Kontrolle über Anzahl und Auftrag deutscher „Polizeimissionen“ vor, die Aufklärung erfolgt derzeit primär über Kleine Anfragen, die ich einmal im Quartal stelle. Die Fraktion hat einen Antrag erarbeitet, einen Parlamentsvorbehalt einzuführen (Drucksache 16/3421). Die Abstimmung steht noch an.

Kampf gegen Neofaschismus und die Umtriebe am rechten Rand der Mitte

Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Deutschland hat 2008 einen erschreckenden Höchststand erreicht. Nach den vorläufigen Zahlen des Bundesinnenministeriums auf monatliche Anfragen der Fraktion DIE LINKE. wurden von den Landeskriminalämtern 13.985 rechtsextremistisch motivierte Delikte - von der Hakenkreuzschmiererei bis zur Körperverletzung - registriert. Das ist eine Steigerung von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Grauziffer liegt noch weit darüber. Bislang nicht in der Statistik des Innenministeriums enthalten sind vier Morde durch fremdenfeindlich oder rechtsextrem motivierte Gewalttäter im Jahr 2008. In drei Landtagen und vielen Kommunen sitzen Neonazis der NPD oder DVU. In vielen Regionen Ostdeutschlands, aber auch in Bayern und Teilen des Ruhrgebiets bauen Neo-faschisten systematisch ihren Einfluss vor Ort aus. Sie sind eine tägliche Gefahr für alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Mit sozialer Demagogie versuchen Neofaschisten, die Verzweiflung und Perspektivlosigkeit von Opfern der Wirtschaftskrise für sich zu nutzen.

Die Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Fremdenfeindlichkeit und den rechten Umtrieben in der Mitte der Gesellschaft bildete so auch in der laufenden Legislaturperiode einen Arbeitsschwerpunkt meines Büros. Vor allem geht es mir um Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über die faschistische Gefahr und die Entlarvung der weitgehenden Untätigkeit, Unfähigkeit und Unwilligkeit der Regierung im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Den Beginn machte ich im März 2006 mit einer Großen Anfrage zum Rechtsextremismus, für deren Bearbeitung die Bundesregierung sich ein Jahr Zeit nahm. Zu neofaschistischen Parteien über neuheidnische Bünde bis hin zu den „Vertriebenen“-Verbänden wurden Kenntnisse, Einschätzungen und Aktivitäten abgefragt. Die Antwort zeugte von Unwissenheit und Ignoranz gegenüber dem Rechtsextremismus. Jede Antifa-Gruppe ist wohl besser informiert als die Bundesregierung mit ihren V-Leuten!

NPD-Verbot und V-Leute

Ich unterstützte 2007 die Kampagne der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), bei der 175.000 Unterschriften für ein neues NPD-Verbotsverfahren gesammelt wurden. Zwar halte ich ein NPD-Verbot nicht für ein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus. Doch ein solches Verbot würde die NPD als Hauptkraft im rechtsextremen Lager zumindest von staatlichen Geldern abschneiden. Zudem würde ein NPD-Verbot in der Öffentlichkeit deutlich machen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Innerhalb der Fraktion DIE LINKE. ist ein NPD-Verbot umstritten. Doch Einigkeit besteht bei der Forderung nach Abzug der V-Leute des Verfassungsschutzes aus den Gremien der NPD. Dies war die vom Bundesverfassungsgericht beim Scheitern des letzten Verfahrens 2003 genannte Grundvoraussetzung für ein neues Verbotsverfahren. Es war dem Bundesverfassungsgericht nicht möglich, zu unterscheiden, welche der rassistischen, antisemitischen und volksverhetzenden Äußerungen „echt“ NPD waren und welche von den V-Leuten des Verfassungsschutzes in der Partei. Bis heute stellt die Anwesenheit von V-Leuten als staatlich bezahlten Nazi-Hetzern in der NPD das größte Hindernis für ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD dar. Die Fraktion DIE LINKE. hat daher im Bundestag mehrfach Anträge mit der Forderung „V-Leute abschalten“ eingebracht. (Drucksachen 16/4631;16/9007)

Indem sich auch SPD und Grüne weigerten, diesen Antrag zu unterstützen, entlarvten sie ihren Ruf nach einem NPD-Verbot als Wählertäuschung. Anstelle der V-Leute des Geheimdienstes fordert die Fraktion DIE LINKE. die bereits 2001 vom Bundestag beschlossene Schaffung einer unabhängigen aus Bundesmitteln finanzierten Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Ich habe mich grundsätzlich gegen Einschränkungen demokratischer Grundrechte – etwa beim neu-

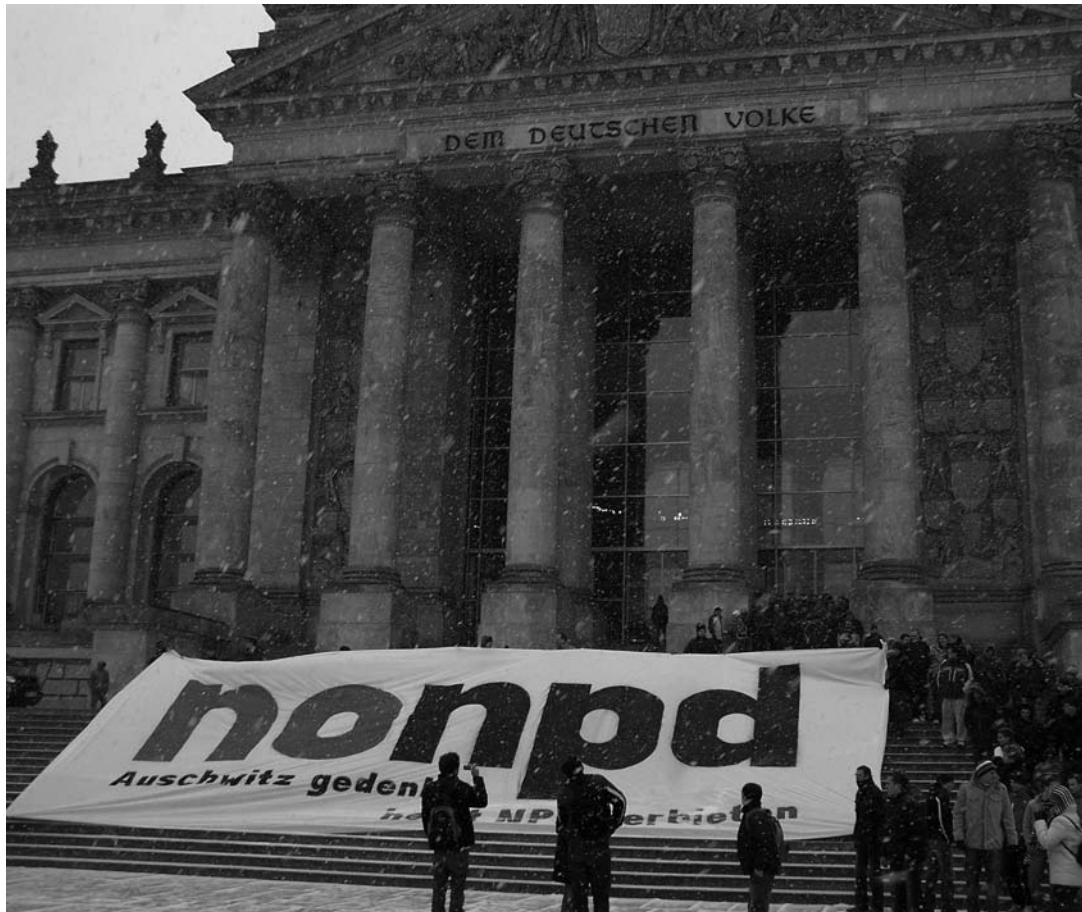
en bayerischen Versammlungsgesetz - unter dem Vorwand der Bekämpfung des Rechtsextremismus ausgesprochen. In diesem Zusammenhang habe ich mich insbesondere gegen die von Unionsseite betriebene Gleichsetzung von links und rechts durch die Extremismus-Formel gewandt, die faktisch zu einer Verharmlosung rechtsextremer Gewalt bei gleichzeitiger Kriminalisierung von Linken führt.

während das Webportal „Mut gegen rechte Gewalt“ bis einschließlich 2008 über 140 solche Morde auf- listet. Oft behauptet die Bundesregierung, „keine Erkenntnisse“ zu den von uns nachgefragten rechts- extremen Organisationen zu haben. Dies beweist die Ignoranz der Regierung gegenüber der Gefahr von rechts. Unsere Kleinen Anfragen sind dennoch nicht nutzlos. Sie tragen dazu bei, die Regierung,

die staatlichen Behörden und die Öffent- lichkeit permanent für die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus zu sensibilisieren. Oder wie die Frankfurter All- gemeine Zeitung (FAZ) anerkennen musste: „Mit ihren parlamen- tarischen Initiativen sorgt die Linken für jedenfalls dafür, dass die Sicherheitsbehörden möglichst viel mit der Beobachtung der rechtsextremistischen Szene beschäftigt werden. (...) Für die Linken müssen die polizeilichen Kriminal- statistiken des Bundes und der Länder, die im

Jahresrhythmus erscheinen, folglich monatlich aktualisiert werden (...). Demnach nutzt die Fraktion die parlamentarische Anfrage nicht dazu, ihr Informati- onenbedürfnis zu stillen, sondern als Mittel zur Behör- denerziehung.“ (FAZ 14.8.2008)

Auch wenn die Regierung vorgibt, keine Erkennt- nisse zu haben, wird so die Aufmerksamkeit auf die- se Gruppierungen gelenkt - wie auf die nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachteten Republika- ner, die weiterhin mit rassistischen Kampagnen vor allem gegen muslimische Migranten hetzen und of- fen mit ausländischen Rechtsextremisten wie dem Vlaams Belang in Belgien kooperieren. (Drucksache 16/10128) So legte ich den Finger in die Wunde, wenn



Behördenerziehung durch Kleine Anfragen

Monatliche Kleine Anfragen zu Zahlen rechter Ge- walt, die wir schon seit 1993 an die Bundesregie- rung richten, haben wesentlich mit dazu beigetra- gen, dass rechte Straf- und Gewalttaten überhaupt erfasst werden. Ebenfalls monatlich, quartalsweise oder jährlich stellen wir Kleine Anfragen zu antisem- itischen Straftaten, Aufmärschen und Musikveran- staltungen der Neofaschisten. Die Zahlen in den Ant- worten sind häufig ungenau, manipuliert und schön gerechnet. So zählte die Bundesregierung seit dem Anschluss der DDR 1990 bis Ende 2007 „insgesamt 40 Todesopfer politisch rechts motivierter Gewalt“,

ich danach fragte, wie es sein kann, dass ein Schulungszentrum für Holocaustleugner, das „Collegium Humanum“ im nordrhein-westfälischen Vlotho, als gemeinnützig anerkannt und steuerlich begünstigt wurde. Solche parlamentarischen Anfragen trugen mit dazu bei, diesen Skandal in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und Druck für das im Mai 2008 vollzogene Verbot des „Collegium Humanum“ durch das Bundesinnenministerium zu erzeugen. (Drucksache 16/8620) In ähnlicher Weise griffen wir die Recherchen engagierter Journalistinnen und Journalisten über die „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) auf, stellten eine Kleine Anfrage und brachten einen Antrag für ein Verbot dieser Naziorganisation ein, die bereits Kinder mit dem menschenverachtenden Gift des Faschismus indoktriniert. Ein Verbotsverfahren gegen die HDJ läuft inzwischen. (Kleine Anfrage 16/11581).

Der rechte Rand

Ursachen und Entstehungsbedingungen von Neofaschismus liegen in der Mitte der Gesellschaft. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf Konkurrenz, Profitmaximierung und Ausgrenzung basiert, ist wesentlich für neofaschistische Tendenzen verantwortlich. Dass Neofaschismus kein Problem am Rand der Gesellschaft, kein alleiniges Problem Ostdeutschlands, und auch nicht auf ein Jugendproblem zu reduzieren ist, zeigen wissenschaftliche Untersuchungen zu fremdenfeindlichen und antidemokratischen Auffassungen in der Mitte der Gesellschaft. So themisierte ich in einer Kleinen Anfrage den inzwischen weitverbreiteten Islamhass als scheinbar „politisch korrekter Rassismus“, der von rechten Bewegungen wie „Pro NRW“ bewusst geschürt und für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert wird. (Drucksache 16/8282)

Die so genannten Vertriebenenverbände, studentische Verbindungen und rechtskonservative Schulungszentren bilden eine Grauzone zwischen Neofa-



schismus und etablierter Politik. Diese ideologischen, personellen, organisatorischen und finanziellen Verstrickungen aufzudecken, öffentlich zu machen und nach Möglichkeiten zu kappen, war wieder das Ziel einer Reihe von Kleinen Anfragen. (z.B. Kleine Anfrage zum Witikobund Drucksache 16/10755).

Von jeder Bundesregierung hoch subventioniert wurde insbesondere der Bund der Vertriebenen (BdV). Bis heute stellt der BdV die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze als „Verzichtspolitik“ in Frage. Er verharmlost den deutschen Faschismus und präsentiert deutsche Täter als Opfer. Ich nannte den Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel als Festrednerin auf der 50-Jahr-Feier des BdV im Berliner Kronprinzenpalais daher einen Afront gegen unsere osteuropäischen Nachbarländer. In Kleinen Anfragen themisierte ich die Pläne der Bundesregierung zu einem nationalen „Zentrum gegen Vertreibungen“. Ich fragte insbesondere, warum sich die polnische Seite nicht an einem solchen Projekt beteiligen wollte und welche Rolle der BdV bei der Umsetzung spielen solle. (Drucksache 16/9060) Ich erklärte: „Flucht und Vertreibung gehören zu den schrecklichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts und sind auch heute noch allgegenwärtig. An sie zu erinnern ist wichtig und richtig. Ich befürchte aber, dass die Darstellung des Bundes der Vertriebenen die Ausstellung dominieren wird. Diese Geschichtspolitik will den Eindruck erwecken, der Krieg und seine Folgen hätten vor allem Deutsche zu Opfern gemacht. Eine solche Darstellung verhöhnt die Opfer des deutschen Faschismus.“

Ein Erfolg war in diesem Zusammenhang die Intervention im Falle eines rechtsextremen Journalisten und Führungsmitglied der „Deutschen Konservativen“, der über das Technische Hilfswerk (THW) in Schleswig-Holstein Hilfsgüter an „deutsche Volksgenossen“ nach Lettland schaffen wollte (Drucksache 16/49419).

Tarnfleck mit Braun

Wenn man beleuchtet, wie sehr der „rechte Rand“ mittlerweile in die „Mitte der Gesellschaft“ hineingewachsen ist, darf man von der Bundeswehr nicht schweigen.

Zwar achtet die Bundeswehr offiziell auf ein Mindestmaß an Distanz zur Wehrmacht, aber sie treibt ein doppeltes Spiel. Denn sie arbeitet eng mit einer ganzen Armada soldatischer „Traditionsvereinigungen“ zusammen, die beim Thema „Wehrmachtsverherrlichung“ kein Halten kennen.

Ob der Kyffhäuserbund, der Bayerische Soldatenbund oder der Kameradenkreis der Gebirgstruppe: Ihnen gemeinsam ist die Sorge um das „Ansehen“ der deutschen Wehrmacht und eine geschichtsrevisionistische Traditionspflege. Sie sprechen viel über die „Tapferkeit“ der deutschen Soldaten, aber wenig über diejenigen, die ihnen zum Opfer gefallen sind. In mancher Vereinszeitschrift kommen offenkundige Rechtsextremisten zu Wort, genauso wie Vertreter der Bundeswehr, und die Vereine erhalten freien Zutritt zu Kasernen.

Ich habe die Bundesregierung mehrfach damit konfrontiert – ihre Antworten beschränken sich auf den Hinweis, sie habe keine Möglichkeit, „die Gesinnung von eingetragenen Vereinen in einer solchen Intensität zu überwachen“. (siehe Drucksachen 16/1266, 16/1282, 16/1623 und zahlreiche weitere.) Abgesehen davon, dass das Lesen der Vereinszeitschriften ausreichen würde, sei darauf hingewiesen, dass die Regierung ansonsten keine Möglichkeit auslässt, antifaschistische Initiativen auszuspähen!

Aus der Traditionspflege ausgeschlossen sind Deserteure, sogenannte Wehrkraftzerstörer und Kriegsverräter. Für deren Rehabilitierung habe ich einen Antrag mit unterzeichnet, gegen die sich die Regierung sperrt. Denn, so beschied sie mir auf Nachfrage, die „Kriegsverräter“ hätten möglicherweise „zusätzliche Opfer“ unter deutschen Soldaten verursacht (Drucksache 16/1849). Wie selbstverständlich hingegen unterstützt die Bundeswehr das revisionistische Treiben des „Kameradenkreises“, der Jahr für Jahr im bayerischen Mittenwald zum „Heldengedenken“ lädt - ohne Rücksicht darauf, dass die Wehrmachtsgebirgstruppen Tausende „zusätzlicher“ Opfer gefordert hatten. Um das zu rechtfertigen, entblödete sich der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt (CSU) nicht, auf Anfragen von mir zu behaupten: „Von einer verbrecherischen Geschichte der Gebirgstruppen zu sprechen, ist histo-

risch falsch.“ (Drucksache 16/5506) Dutzende von Massakern an Unbewaffneten sind nachgewiesen! Schmidt ist übrigens selbst Mitglied jenes Kameradenkreises...

Kleine Erfolge

Dem einen oder anderen revisionistischen Spuk konnte ich allerdings ein Ende bereiten.

So hat sich die Bundeswehr endlich von der Kollaboration mit dem ultrarechten Ring deutscher Soldaten (RDS) Berlin gelöst, der am Volkstrauertag gemeinsam mit NPD, DVU,



Nazikameradschaften, Vertriebenenverbänden und Burschenschaften den „Heldentod“ (O-Ton) der Soldaten würdigt. Im Jahr 2006 habe ich gemeinsam mit antifaschistischen Gruppen eine Kundgebung angemeldet, was auch die bürgerliche Presse interessierte. Im

Jahr darauf blieb die Bundeswehr der Veranstaltung fern und erließ ein „Uniformtrageverbot“.

Dass die rechtsextreme Deutsche Militärzeitschrift (DMZ), die SS-Verbrecher als „die tapfersten Söhne unseres Volkes“ preist, in diversen Ausbildungsstätten der Bundeswehr auslag (Infanterieschule, Marineschule, Offiziersschule des Heeres), ist vorbei, seit ich nachgefragt habe.

Unterm Strich muss aber festgestellt werden, dass die im Bericht des Wehrbeauftragten genannten Zahlen für „rechtsextremistische Vorkommnisse“ (für 2007 waren dies 129) nur die Spitze eines Eisbergs sind. Als ich mich erkundigt habe, was denn da erfasst wird, habe ich erfahren: Die Leugnung der deutschen Kriegsschuld, die Verherrlichung der Wehrmacht gehören nicht dazu, denn dies seien keine soldatischen „Pflichtverletzungen“, so die Regierung. Das wird diejenigen, die gerne Wehrmachtssymbole auf Militärjeeps malen oder makabre Possen mit Leichenteilen reißen, ermuntern.

Eine Umfrage an der Universität der Bundeswehr in Hamburg zeigte, dass sich ein Viertel des Offiziersnachwuchses selbst als „deutschnational“ bzw. „nationalkonservativ“ bezeichnet. Die Bundesregierung teilte mir mit, sie plane nicht, diese Studie aus dem Jahr 2001 zu wiederholen. Denn solange sich Soldaten nicht in flagrant bei rechtsextremen Straftaten erwischen lassen, ist aus ihrer Sicht alles in Ordnung.

Auch in diesem Bereich gilt: Die Bundesregierung agiert nicht als Partner, sondern als Hemmschuh für antifaschistische Aufklärungsarbeit. Umso wichtiger bleiben Berichte antifaschistischer Beobachter/innen und kritischer Soldaten sowie Journalisten als Grundlage für parlamentarisches Aktivwerden.

Stärkung antifaschistischen Engagements

Mit meiner Arbeit im Bundestag habe ich versucht, Initiativen gegen Rechtsextremismus eine parlamentarische Stimme zu geben und zugleich die Rahmenbedingungen für antifaschistisches Engagement zu verbessern.

So veranstaltete die Fraktion DIE LINKE. im Februar 2008 eine Expertenanhörung zur Auswertung der Bundesprogramme „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“. Wir setzten uns dafür ein, dass der thematische Schwerpunkt der Bundesprogramme beim Rechtsextremismus blieb und nicht – wie von Unionsseite gewünscht – gegen „Extremismus von Links und Rechts“ gerichtet ist. Ebenso machten wir uns in einem Antrag für den Erhalt der bewährten Mobilen Beratungen und Opferberatungen stark, während die Unionsparteien diese unabhängigen Projekte unter staatliche Kontrolle stellen und nur noch anlassbezogen und zeitlich befristet arbeiten lassen wollen. (Drucksache 16/1542)

Antifaschistische Gruppen vor Ort sind der wichtigste – und meist auch der kompetenteste – Bündnispartner im Kampf gegen Rechts. Ihre Ausgrenzung und Diffamierung als linksextremistisch und gewalttätig ist ein grundfalsches Signal an die Neonazis. Daher habe ich mich auf Veranstaltungen,

Demonstrationen und in der Partei immer für eine breite Bündnispolitik und eine Zusammenarbeit mit Antifa-Gruppen eingesetzt. Insbesondere bei der Erarbeitung Kleiner Anfragen an die Bundesregierung flossen regelmäßig Anregungen, Tipps und Informationen der verschiedensten antifaschistischen Gruppierungen und Rechercheuren ein.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) hat Recht, wenn sie im oben bereits zitierten Artikel in Bezug auf antifaschistische Initiativen schreibt: „Von dieser Klientel wird die Fraktion laufend mit Informationen vom rechten Rand versorgt; ihr lehnt sie auch gerne ihren parlamentarischen Arm.“ Eine solche Kooperation mit außerparlamentarischen Bewegungen ist mein Verständnis von linker Parlamentsarbeit. Denn der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus kann und wird nicht im Parlament gewonnen. Entscheidend ist das außerparlamentarische Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure – von Gewerkschaften über kirchliche Kreise, migrantische Selbstorganisation, sozialistische Kräfte bis hin zur autonomen Antifa.

Immer wurde ich bundesweit – aber insbesondere in Nordrhein-Westfalen – für Veranstaltungen zum Thema „Rechtsextremismus“ angefragt, um über die „Entwicklung der Szene“, „Frauen in rechtsextremen Organisationen“ oder über „die Rechten und die soziale Frage“ zu referieren. Solche Veranstaltungen oder Kongresse gegen Rechtsextremismus ermöglichen mir zugleich den unmittelbaren Gedankenaustausch mit den Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort. Ich habe auch immer wieder bei antifaschistischen und antirassistischen Demonstrationen die Anmeldung übernommen, um ihnen eine zusätzliche Öffentlichkeit zu geben und einen gewissen Schutz vor schikanösen Auflagen, Behinderungen und Übergriffen der Polizei zu bieten.

Vor Ort aktiv in Dortmund

Die Situation eines stetig anwachsenden Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen führt dazu, dass hier einer der Schwerpunkte meiner Wahlkreisarbeit liegt. Es sind sowohl Parteimitglieder aus ganz NRW als auch außerparlamentarische Organisationen und Einzelpersonen, die wissen wollen, wie sie sich in Be-

drohungssituationen durch Neonazis verhalten sollen oder wie sie sich gegen Veröffentlichungen im Internet wehren können. Zum Themenbereich „Rechts-extremismus“ hat das Dortmunder Wahlkreisbüro inzwischen Kontakt zu zahlreichen Bündnissen, mit denen vertrauensvoll Informationen ausgetauscht und Aktionen geplant und durchgeführt werden. Dabei reicht das Spektrum von Ratsfraktionen, Organisationen aus der Friedensbewegung, Zusammenschlüssen aus den sozialen Bewegungen bis hin zu organisierten oder auch nicht organisierten Zusammenschlüssen jugendlicher Antifaschisten.

Insbesondere Dortmund ist in den letzten Jahren zu einer Hochburg militanter Neonazis im westlichen Ruhrgebiet geworden. Rassistische Pöbeleien



und bewaffnete Überfälle auf Linke und Migranten, Drohungen und Mordausrufe gegen engagierte Antifaschistinnen und Antifaschisten, Anschläge auf alternative Kneipen, gehören in Dortmund schon zum Alltag. Im Jahr 2000 erschoss der Neonazi Michael Berger in Dortmund drei Polizisten und 2005 ermordete ein Neonazi den antifaschistischen Punker Schmuddel mit einem Messer. Mein Wahlkreisbüro wurde in den letzten Jahren viermal das Ziel neofaschistischer Anschläge. Zuerst flogen Steine durch die Scheiben, später schossen die Nazis mit potentiell tödlichen Stahlkugeln. So auch Anfang September 2008 kurz vor dem so genannten „Nationalen

Antikriegstag“, an dem über 1200 militante „Autonome Nationalisten“ durch Dortmund marschierten. Als Anmelderin der Gegendemonstration erhielt ich eine Drohmail, in der es hieß: „Du solltest dir besser schon mal einen Bestatter suchen. Die nächste Kugel ist für dich.“ Unterzeichnet war diese Hassmail vom sogenannten „Nationalen Widerstand“.

Bei ihrem Kampf um Dortmund werden die Neonazis ermutigt durch die Ignoranz, Duldung und Verharmlosung ihrer Aktivitäten seitens der Dortmunder Polizei. Über mein Wahlkreisbüro habe ich zahlreiche Anfragen an die Polizei gestellt, die für Transparenz sorgen und die tatsächlichen Ausmaße des Rechts-extremismus deutlich machen sollten.

Insbesondere der Dortmunder Polizeipräsident Hans Schulze zeichnet sich seit Jahren durch eine beharrliche Blindheit auf dem rechten Auge aus. So ließ er am 1. Mai 2007 trotz massiver Proteste eines breiten Bündnisses von Nazigegnern die Neonazis mit städtischen Bussen zu ihrem Kundgebungsplatz chauffieren, damit diese pünktlich mit ihrer Demonstration beginnen konnten. Zuvor hatte die Polizei entlang der Aufmarschstrecke antifaschistische Plakate unter anderem von Gewerkschaften entfernen lassen. Auf meine Initiative haben sich in Dortmund u.a. das Bündnis „Dortmund gegen Rechts“, das „Linke Bündnis Dortmund“, die Stadtratsfraktion DIE LINKE., die

DKP und die VVN-BdA zu einer Kampagne für den Rücktritt des Polizeipräsidenten zusammengefunden. Im Januar 2009 machte ich auf einer Demonstration zum Dortmunder Polizeipräsidium deutlich: „Auf den Staat, auf Polizei und Justiz können wir uns beim Kampf gegen den Neofaschismus nicht verlassen. So wie heute müssen wir auch in Zukunft selbst aktiv sein gegen Neonazis. Wenn die Nazis in diesem Jahr wieder in Dortmund aufmarschieren wollen, werden wir wieder präsent sein. Die Dortmunder Bürgerinnen und Bürger werden den Faschisten nicht die Straße überlassen.“

Entschädigung für „vergessene“ NS-Opfer

Im Jahr 2007 wollte Deutschland wieder mal einen Schlussstrich ziehen: Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ verkündete das Ende ihres Auszahlungsprogramms für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Die Bundesregierung sprach von einer „Erfolgsgeschichte“.

Als Mitglied des Kuratoriums der Stiftung habe ich mich über Jahre hinweg für die Entschädigungszahlungen eingesetzt, schon bei den Vorbereitungsgesprächen in Washington war ich dabei. Ich habe stets klargestellt: Von einer „Erfolgsgeschichte“ zu sprechen, ist vollkommen abwegig. Die Stiftung konnte überhaupt erst nach massivem Druck von Opferverbänden eingerichtet werden und diente im Wesentlichen dazu, die deutsche Wirtschaft vor Klagen aus den USA zu bewahren. Was als „Entschädigung“ bezeichnet wird, war kaum mehr als ein Handgeld: maximal 7500 Euro für oft jahrelange Zwangsarbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen. Für Zwangsarbeiter in Landwirtschaft und Haushalten war von Anfang an keine Entschädigung vorgesehen.

Vor allem aber habe ich in zahlreichen Kleinen Anfragen, Presseerklärungen und auf Konferenzen betont: Zehntausenden von Menschen verweigert die Bundesrepublik weiterhin jegliche Entschädigung! Dazu zählen die unterschiedlichsten Opfergruppierungen wie beispielsweise die so genannten Italienischen Militärinternierten, denen die Nazis den Status als Kriegsgefangene entzogen hatten. Sie wurden aus der Zwangsarbeiterentschädigung explizit ausgeschlossen: Von 130.000 Antragstellern wurden 129.000 negativ beschieden.

Ich habe intensiv die Initiative von Überlebenden des Massakers in Distomo und anderer Griechinnen und Griechen unterstützt. Ein griechisches Gericht hat die BRD zur Entschädigung verurteilt. Aber: „Die Bundesregierung sieht auch weiterhin kei-

ne Veranlassung, Zahlungen zu leisten“, teilte sie mir mit (Drucksache 16/1634, s. a. 16/2422, 16/2423).

Ebenso ergeht es jenen, die Wehrmachts- oder SS-Massaker in Italien überlebt haben, wie auch sowjetischen Kriegsgefangenen, deren Haftbedingungen dem Völkerrecht spotteten.

Wie beschämend unzureichend die bisherige deutsche Entschädigungspolitik ist, zeigt sich auch am Beispiel der sogenannten „Asozialen“, die in den KZ den schwarzen Winkel tragen mussten. Im Januar 2008 habe ich auf einer Podiumsdiskussion zum Thema teilgenommen und konnte Zahlen präsentieren: Von weit über zehntausend Menschen, die der „Aktion Arbeitsscheu Reich“ zum Opfer gefallen waren, haben ganze 205 Entschädigungsleistungen vom Bund erhalten. Das ist ein Wert im Promillebereich, und es geht ausschließlich um Einmalzahlungen von 2500 Euro (Drucksache 16/9887).

Der oberste italienische Gerichtshof hat jüngst mehrere Urteile gefällt, dass die BRD Entschädigung zahlen muss. Ich habe mich von den Anwälten in Italien über die Lage aufklären lassen und mich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung diese Urteile akzeptiert (Drucksache 16/11307). Stattdessen zieht sie nun vor den Internationalen Gerichtshof und wirft ausgerechnet den NS-Opfern vor, sie gefährdeten die deutsch-italienischen Beziehungen – ein erbärmliches Wüten im Glashaus ist das! Ich habe daraufhin einen Antrag initiiert, der bald im Bundestag abgestimmt wird: Die Klage zurückziehen, die Entschädigungen endlich auszahlen!

Im Sommer 2007 habe ich eine Dokumentation erstellt, die sich ausführlich der bisherigen Entschädigungspolitik (besser: -blockade) der BRD widmet. Sie kann in meinem Büro angefordert werden.

Asyl- und Flüchtlingspolitik

Die Arbeit im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik war in den vergangen vier Jahren vor allem durch eine Europäisierung des Asylrechts geprägt. Aber auch alte Dauerbrenner standen weiter auf der Tagesordnung: die Zustände in Abschiebehaft, der Ausschluss von Menschen aus dem humanitären Aufenthaltsrecht, die dauerhaft nur geduldet werden. Eine Fortsetzung fand dann auch die unter Schily bereits begonnene Verschärfung unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“.

Europäisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik – Flüchtlingsabwehr durch FRONTEX

Die Harmonisierung der Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU-Staaten fällt in den Bereich der „Dritten Säule“ der EU, dem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“. Die zuständigen Fachminister der Mitgliedsstaaten beschließen einstimmig Richtlinien, die dann in den einzelnen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden müssen. In den Jahren 2004-2006 sind einige wesentliche Richtlinien in der Flüchtlingspolitik in Kraft getreten: zur Definition des Flüchtlingsstatus, zu den Mindestnormen für die Aufnahme von Flüchtlingen (z.B. Zugang zu Gesundheitsversorgung), zu den Mindestgarantien im Asylverfahren und den Verfahrensnormen für Zu- oder Aberkennung des Flüchtlingsstatus. Diese und weitere sieben Richtlinien zur Freizügigkeit für EU-Bürgerinnen und -Bürger wurden im Juni 2007 nach langem Ringen in der Koalition durch ein Gesetz in deutsches Recht umgesetzt.

Im Mittelpunkt der Debatte innerhalb der Koalition standen aber gar nicht diese Richtlinien, sondern von der Union geforderte Verschärfungen beim Familiennachzug und beim Ausweisungsrecht, denen die SPD um den Preis einer Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge zustimmte (mehr dazu s.u.).

Die Auseinandersetzung um diese Änderung des erst kurz zuvor in Kraft getretenen „Zuwanderungsgesetzes“ bestimmte inhaltlich die erste Hälfte dieser

Wahlperiode in der gesamten Migrationspolitik. Mit einer Umsetzung der Richtlinien hatte ausgerechnet jener Teil eigentlich nichts zu tun, es ging um reine Symbolpolitik. Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2008 war es folgerichtig auch nicht, die gemeinsame Migrationspolitik in der EU zu stärken und auszubauen, sondern in erster Linie weitere Migration zu verhindern. Zentral ist dabei die Abwehr von Flüchtlingen – die die Bundesrepublik nach der Osterweiterung nicht mehr selbst in der Hand hat: nur noch auf dem Luftweg ist es möglich, in die Bundesrepublik zu gelangen, ohne durch andere EU-Staaten zu reisen. Nach den geltenden Regeln sind diese dann für die Asylanträge dieser durchgereisten Flüchtlinge zuständig und werden gegebenenfalls dorthin abgeschoben (Dublin II-Verordnung). Auf diese Weise entledigt sich Deutschland fast 30 % der Asylbewerber.

Andererseits wächst dadurch der Druck auf jene EU-Staaten ganz enorm, die nun die Außengrenzen der EU verwalten bzw. „schützen“ müssen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen dabei vor allem die Seeaußengrenzen Spaniens, Italiens und Griechenlands. Es ist insbesondere die Bundesregierung, die mit einem Ausbau der Grenzschutzagentur FRONTEX die „Solidarität“ mit diesen Staaten stärken will. Dafür stellt sie Material und Personal der Bundespolizei zur Verfügung, das dann bei Einsätzen im Mittelmeer eingesetzt wird. Die menschenrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik gelten für diese Beamten dabei nicht, so die Bundesregierung in ihren Antworten auf meine Kleinen Anfragen (u.a. Drucksache 16/6254).

DIE LINKE. hat sich im Bundestag in einem Antrag für die Einhaltung der Menschenrechte und die besondere Berücksichtigung der Flüchtlingsrechte in der EU-Migrations- und Flüchtlingspolitik eingesetzt (Drucksache 16/5109). Doch mit dieser Position stand DIE LINKE. allein da; selbst die GRÜNEN verteidigten die Grundlinien der europäischen Flüchtlingspolitik und die Einrichtung von FRONTEX, das von ihnen zu einer Art Seenotrettungseinrichtung umgedeutet wurde.

Endlose Geschichte: Kettenduldung und Bleiberecht

Mit dem Gesetz zur Umsetzung von asyl- und aufenthaltsrechtlichen EU-Richtlinien wurde auch eine „Bleiberechtsregelung“ eingeführt. Bereits durch das alte Aufenthaltsrecht gab es das Problem der so genannten „Kettenduldungen“. Eine „Duldung“ erhalten Ausländer, wenn sie keinen Aufenthaltsstitel erhalten, aber auch nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können - zum Beispiel weil dort Bürgerkrieg herrscht. Die Duldung gilt immer nur für einen kurzen Zeitraum, um den sie dann immer wieder verlängert wird – eine „Kettenduldung“ entsteht. Kirchen und Flüchtlingsgruppen fordern daher seit langem, den Betroffenen nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Sie sollen so eine dauerhafte Perspektive bekommen, denn der unsichere Aufenthaltsstatus bedeutet für die Betroffenen eine hohe psychische Belastung. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir in den Bundestag eingebracht (Drucksache 16/369). Eigentlich sollten die Kettenduldungen schon mit dem „Zuwanderungskompromiss“ 2004 abgeschafft werden – doch nichts hat sich getan. Die „Duldung“ blieb gesetzlich verankert (ursprünglich sollte sie

Mit dem „Richtlinienumsetzungsgesetz“ 2007 wurde dann eine so genannte „Altfallregelung“ eingeführt: Wer als Alleinstehender mindestens acht Jahre, als Familie mindestens sechs Jahre in Deutschland lebt, sich nicht strafbar gemacht hat, sich auf deutsch verständigen kann und bisher immer mit der Ausländerbehörde kooperiert hat, bekommt eine Aufenthaltserlaubnis. Doch zunächst nur auf Probe: nur, wer dauerhaft einen selbständigen Lebensunterhalt nachweist, erhält eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis. Bislang sind das nur rund 10% der Betroffenen, erst 2009 wird man sehen, welchen mittelfristigen Effekt diese „Altfallregelung“ hat. Derweil entstehen allerdings auch wieder neue Kettenduldungen – strukturell bleibt das Problem ungelöst. Das war die Erkenntnis aus unseren regelmäßigen Kleinen Anfragen dazu (zuletzt Drucksache 16/10986)

Aufnahme irakischer Flüchtlinge

Die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen war mir ein besonderes Anliegen in der zurückliegenden Legislaturperiode, nicht zuletzt wegen der deutschen Mitverantwortung für den Irakkrieg. Dabei ging es vor allem um jene besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge – alleinstehende Frauen, Kinder, Traumatisierte,

Angehöriger von Minderheiten –, die in Syrien oder Jordanien nicht den notwendigen Schutz bzw. Betreuung erhalten. Schon 2007 forderten wir die Bundesregierung zur Teilnahme an so genannten „resettlement“-Programmen des UNHCR auf (Drucksache 16/5248). Diese Forderung konnte sich schließlich durchsetzen. In Kooperation mit dem UNHCR werden nun bereits registrierte Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien ausgeflogen und in europäischen Staaten aufgenommen. Leider bleibt diese gemeinsame Aktion der EU-Staaten weit hinter den

Erwartungen zurück: lediglich 10.000 Flüchtlinge werden insgesamt aufgenommen, davon 2.500 in Deutschland. Diese erhalten außerdem nur eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre. Der Umgang



ganz gestrichen werden), und die Hürden für einen ordentlichen Aufenthaltsstitel sind so hoch, dass es weiterhin weitgehend in der Willkür der Ausländerbehörden liegt, wer eine Aufenthaltserlaubnis erhält und wer nicht.

mit diesen Flüchtlingen wird weiterhin ein wichtiges Thema bleiben. So laufen die derzeitigen Planungen darauf hinaus, die Flüchtlinge zunächst in das niedersächsische Friedland zu holen und von dort in das Aufnahmelaager Bramsche, wo sie drei Monate lang mit Sprach- und Integrationskursen traktiert werden sollen. Es liegt in der Zuständigkeit der Länder, ob sie sich an diesem Vorhaben beteiligen oder die Flüchtlinge direkt in ihren neuen Heimatorten unterbringen und ihnen dort Zeit geben, zur Ruhe zu kommen sich in ihrer neuen Umgebung zurechtzufinden.

Widerrufsverfahren gegen anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge

Irakische Flüchtlinge, die schon seit Jahren anerkannt sind und in Deutschland leben, wurden in den vergangenen beiden Jahren mit so genannten Widerrufsprüfverfahren überzogen: dabei wird überprüft, ob die Fluchtgründe fortbestehen, die zur Anerkennung geführt haben. Ist das nicht der Fall, dann wird die Asylberechtigung bzw. die Anerkennung als Flüchtling widerrufen. Mit dem „Zuwanderungskompromiss“ ist eine Regelung in Kraft getreten, nach der eine solche Prüfung nach drei Jahren obligatorisch ist. Zugleich sollten alle „Altfälle“ (die zum 01.01.2005 schon anerkannt waren) bis zum 31.12.2008 durchgeprüft werden – davon waren 42.000 Menschen betroffen, viele davon weiterhin aus dem Irak (Zahlen dazu in Drucksache 16/9252). Bei den Irakern fiel der Asylgrund weg: sie konnten ja nun nicht mehr durch das Ba'ath-Regime verfolgt werden. Dass sie wegen des Kriegs im Irak und der allgemeinen Lage nicht dorthin zurückkehren konnten, spielte bei der Prüfung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zunächst keine Rolle. Erst durch die Skandalisierung in den Medien wurde der Druck erzeugt, der schließlich zu einer neuen Erlasslage im BAMF geführt hat. Durch meine Kleinen Anfragen war das quantitative Ausmaß dieser skandalösen Politik erst bekannt geworden. Mittlerweile wird bei Irakerinnen und Irakern kaum noch eine Asyl- oder Flüchtlingsanerkennung widerrufen. Anders verhält es sich leider bei Asylberechtigten und Flüchtlingen aus der Türkei, also in erster Linie

Kurdinnen und Kurden. In ungefähr der Hälfte der Fälle gibt es hier einen Widerruf. Die Hälfte der Betroffenen setzt sich dagegen juristisch zur Wehr, in 50% der Fälle auch mit Erfolg.

Leider ist sehr schwer zu rekonstruieren, in wie vielen Fällen durch den Widerruf auch der Aufenthaltsstatus in Gefahr gerät. Der Widerruf an sich bedeutet schon eine Verschlechterung des Aufenthaltsstatus, weil dadurch die aufenthaltsrechtlichen Privilegien für Flüchtlinge wegfallen; sie müssen dann zum Beispiel ebenfalls einen Job nachweisen, wenn sie ihren Aufenthalt verfestigen wollen oder sich einbürgern lassen wollen (Angaben dazu auf Drucksache 16/7426).

Hilfe im Einzelfall

Das Aufenthaltsrecht hält große Maschen bereit, durch die viele Menschen hindurchfallen. Mit einer großherzigen Auslegung der Gesetzeszexte lassen sich zwar viele Härtefälle vermeiden – aber oft fehlt dafür der Wille in den Behörden. So meldete sich eines Tages eine junge Frau in unserem Büro, die sich gerade um die zwei-jährige Tochter einer Freundin aus Kamerun kümmerte. Diese hatte Kamerun vor vier Jahren fluchtartig verlassen müssen und ließ dabei ihre nun fünf-jährige Tochter zurück. Nachdem sie selbst einen sicheren Aufenthaltsstitel in Deutschland erhalten hatte, wollte sie ihre Tochter nachholen und reiste nach Kamerun. Doch zunächst bezweifelte die deutsche Botschaft, dass es sich bei der fünf-Jährigen wirklich um die leibliche Tochter handelt - die Geburtsurkunde sei angeblich gefälscht. Ein teurer DNA-Test musste Abhilfe schaffen. Doch dann sagte die Berliner Ausländerbehörde „nein“: Die Mutter lebe von ALG II, und vom Erfordernis des „eigenständigen Lebensunterhalts“ könne nicht abgesehen werden. Der Familiennachzug zu ihrer Mutter und der kleinen Schwester sei daher nicht zuzulassen. Erst nach unserem Protest bei Behördenleitung und Auswärtigem Amt konnte die Einreise endlich erfolgen - ein happy end mit Seltenheitswert. Denn ohne die engagierte Freundin und unsere Intervention wäre auch diese Familie durch die Maschen des deutschen Aufenthaltsrechts gefallen.

Terrorismusbekämpfung im Asyl- und Aufenthaltsrecht

Ein weiterer Grund für den Widerruf oder die Rücknahme von Asyl ist die angebliche Verstrickung in terroristische Aktivitäten oder deren Unterstützung. Die Genfer Flüchtlingskonvention sieht tatsächlich in einigen Fällen die Rücknahme des Flüchtlingsstatus vor, wenn jemand gegen die Grundsätze und Ziele der Vereinten Nationen handelt. Der UN-Flüchtlingskommissar hat ganz klar gemacht, dass diese Regelung sehr restriktiv ausgelegt werden soll. Gemeint sind vor allem Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen. Das Asyl kann auch verweigert werden, wenn jemand eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt.

Die Bundesrepublik legt diese Einschränkungen der Genfer Flüchtlingskonvention sehr weit aus. So werden aus Klauseln, die einen Missbrauch des Flüchtlingsstatus durch Kriegsverbrecher und ähnliches verhindern sollen, weit ausgelegte Ausschlussgründe vom Asyl. Besonders infam daran ist, dass vielen Betroffenen erst nach Jahren die eigenen Angaben im Asylverfahren zum Verhängnis werden. Ein Beispiel: ein Kurde kommt in den 90ern nach Deutschland und beantragt Asyl. Als Grund gibt er an, ein lokaler Kommandant der PKK gewesen zu sein, dem Folter und Todesstrafe drohen. Um seine Glaubwürdigkeit zu unterstreichen, macht er vielleicht noch

Angaben zu seiner Tätigkeit. Nun, Jahre später, kann ihm das zum Verhängnis werden: schließlich ist im weitesten Sinne in dieser „terroristischen“ Tätigkeit für die PKK ein Verstoß gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen zu sehen und also der Asylstatus zu widerrufen.

Auslieferungsverfahren in Folterstaaten

Noch härter trifft es die gleiche Person aber, wenn die Türkei ihn über Interpol zur Fahndung ausgeschrieben hat. Eine eigenartige Rechtskonstruktion sorgt nämlich dafür, dass in Deutschland auch Asylberechtigte in Abschiebehaft genommen werden können – auch wenn der Verfolgerstaat diese Auslieferung beantragt. Die zuständigen Oberlandesgerichte müssen dann prüfen, ob eine Auslieferung möglich ist oder dem Betroffenen Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung drohen. Rein inhaltlich betrachtet, nehmen sie also die gleiche Prüfung vor, wie bei der schon erfolgten Prüfung des Asylantrags. Meistens sitzen die Betroffenen für Monate in Auslieferungshaft, obwohl von vorneherein klar ist, dass eine Auslieferung nicht stattfinden wird. All diese Beispiele zeigen, wie in Deutschland der Schutz von politischen Flüchtlingen in die Mühlen einer auf Ausgrenzung und Abschiebung ausgerichteten Bürokratie gerät.

15 Jahre faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl

Die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl vor 15 Jahren war einer meiner Schwerpunkte im Jahr 2008. Als eine der wenigen Abgeordneten im derzeitigen Bundestag war ich selbst Zeitzeugin, wie mit einem Federstrich das individuelle Recht auf Asyl im Grundgesetz bis zur Unkenntlichkeit geändert wurde: die Einführung einer Liste angeblich „sicherer Herkunftsstaaten“, die Konstruktion der „sicheren Drittstaaten“ und die Verlagerung des Flüchtlingschutzes in die Staaten an den EU-Außengrenzen durch das so genannte „Dublin-System“. Formal besteht das Recht auf Asyl zwar weiter, kann aber kaum

noch wahrgenommen werden. Die Änderungen traten im Juli 1993 in Kraft.

Hinzu kommen zahlreiche Einschränkungen im Verfahrensrecht. Normalerweise dürfen behördliche Maßnahmen erst ergriffen werden, wenn rechtskräftige (gerichtliche) Entscheidungen ergangen sind – nicht so im Asyl- und Aufenthaltsrecht. Selbst bei einer Klage gegen eine Abschiebungsverfügung kann die Abschiebung vollzogen werden, wenn nicht dagegen noch gesondert Rechtsschutz erstritten wird. Damit werden Fakten geschaffen, die nur schwer rückgängig zu machen sind.

Außerparlamentarische Proteste

Zum Jahrestag des sogenannten „Asylkompromisses“ bildete sich ein Bündnis von Gewerkschaften, Linkspartei und außerparlamentarischen antirassistischen und antifaschistischen Gruppierungen. Zumindest in Berlin fand eine erfolgreiche Mobilisierung statt, so dass am Ende einige tausend Menschen gegen die Asyl- und Migrationspolitik damals und heute demonstrierten. Gemeinsam mit Sevim Dağdelen und der „Kontaktstelle soziale Bewegungen“ der Fraktion haben wir in diesem Bündnis von Anfang an mitgewirkt.



Parlamentarische Aktivitäten

In einem Antrag (Drucksache 16/8838) hat sich die Fraktion für die volle Wiederherstellung des subjektiven Rechts auf Asyl, eine großzügige Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention und eine flüchtlingsfreundliche Haltung der deutschen Vertreter auf EU-Ebene eingesetzt. In dem Antrag wurde außerdem die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes gefordert, mit dem Asylbewerber und Geduldeten seit dem „Asylkompromiss“ aus der Sozialhilfe

ausgeschlossen werden. Sie erhalten nur ca. 60% der nach normaler Sozialhilfe vorgesehenen Leistungen, und das oft nur als „Sachleistungen“ (also neben Unterbringung in Sammelunterkünften statt Geld für den täglichen Bedarf nur Gutscheine, Pakete mit Essen, etc.). Zu diesem Thema haben wir auch eine Große Anfrage eingebracht (Antwort auf Drucksache 16/9007). Eine Große Anfrage ermöglicht auch immer eine Debatte im Bundestag – somit gab es die seltene Gelegenheit, diesen Skandal des Asylbewerberleistungsgesetzes öffentlichkeitswirksam in einer Plenardebatté anzusprechen. Dabei fühlte ich mich zum Teil in die Diskussion von vor 15 Jahren

zurückversetzt – gerade CDU/CSU- und FDP-Redner überschlugen sich in Warnungen vor einer neuen „Flut“ von Asylbewerbern, die angeblich alle nur wegen der Sozialleistungen nach Deutschland kämen. Die erschreckend niedrigen Zahlen der Asylbewerber wurden als Beleg für den „Erfolg“ des Asylbewerberleistungsgesetzes angeführt.

Aktivitäten der Fraktion

Teil der Aktivitäten war auch die Erstellung einer Fraktions-Broschüre mit dem Titel „Deutschland schottet sich ab. Politisch Verfolgte genießen ... kein Recht auf Asyl“. Diese Gelegenheit haben wir genutzt, um die prekäre Lage von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Deutschland darzustellen: Aufnahme und systematische Mangelversorgung von Flüchtlingen, der oft über Jahre unsichere Aufenthaltsstatus, die tödliche Abschottungspolitik Deutschlands und der EU.

Internationale Solidarität

Neben meinen ja vor allem im Bereich der Innenpolitik liegenden Arbeitsschwerpunkten habe ich mich in der internationalen Solidaritätsarbeit engagiert.

Menschenrechte in der Türkei und Kurdistan

Eine herausragende Stellung nahm wie schon in den Vorjahren der Einsatz für Menschenrechte in der Türkei ein. Da die Verfolgung linker türkischer und kurdischer Organisationen nicht an den Grenzen der Türkei endet, sondern in Deutschland ihre Fortsetzung findet, berührt gerade diese Thematik eng meinen Aufgabenbereich als Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Ich sprach auf Festen, Veranstaltungen, Parteitagen und Kundgebungen linker türkischer und kurdischer Organisationen in Deutschland und der Türkei.

Im Juni 2008 protestierte ich gegen den Versuch, Funktionäre der Transportarbeitergewerkschaft TÜMTIS in Ankara unter dem Vorwurf der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ zu langjährigen Haftstrafen zu verurteilen und die Gewerkschaft zu verbieten. Aufgrund der großen internationalen Solidarität konnten alle Angeklagten das Gericht als freie Menschen verlassen.

Mit zwei Kleinen Anfragen themisierte ich das Verbot des kurdischen Satellitenfernsehers Roj TV durch das Bundesinnenministerium im Sommer 2008. (Drucksachen 16710981 und 16/10462) Roj TV ist für viele der in Deutschland lebenden bis zu 700.000 kurdischstämmigen Bürgerinnen und Bürger eine wichtige alternative und muttersprachliche Nachrichtenquelle gegenüber den meist chauvinistisch aufgeladenen und antikurdisch ausgerichteten türkischen Medien. Ich forderte: „Meinungs- und Pressefreiheit müssen auch für Kurdinnen und Kurden gelten. Das Roj TV-Verbot muss sofort aufgehoben werden.“

Auf dem Parteitag der linken kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) in Ankara, an dem ich im Juli 2008 neben dem Vertreter des

Parteivorstandes der LINKEN Jürgen Klute und der EP-Abgeordneten Feleknas Uca teilnahm, erklärte ich in einem Grußwort: „Die Anerkennung der kurdischen Identität ist unverzichtbar für gesellschaftlichen Frieden in der Türkei. Die deutsche und die türkische Regierung müssen endlich aufhören, die kurdische Frage als ein polizeilich oder militärisch zu lösendes Sicherheitsproblem zu betrachten. Die Aufhebung der Einstufung von kurdischen Organisationen als kriminelle Vereinigung, insbesondere der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, wäre ein Beitrag der Bundesregierung für den Frieden im Nordosten der



Türkei.“ Außerdem forderte ich ein Ende der deutschen Waffenlieferungen an die Türkei. Mein Engagement für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage wurde vom damaligen CSU-Außenpolitiker und jetzigen Wirtschaftsministers Freiherr zu Guttenberg zu einer Pressekampagne genutzt, in der mir Terrorunterstützung unterstellt wurde.

Baskenland: Folter und Parteienverbote mitten in Europa

Nicht nur in Kurdistan, auch mitten in Europa wird das Selbstbestimmungsrecht einer ganzen Bevölkerungsgruppe missachtet und gewaltsam unterdrückt: Ich meine das Baskenland innerhalb des Spa-

nischen Staates. Auf Einladung der linken baskischen Unabhängigkeitsbewegung reiste ich im März 2008 mit einer 18-köpfigen Delegation von gewählten Volksvertretern, Journalisten und Rechtsanwälten ins Baskenland. Die linke Unabhängigkeitsbewegung bekommt bei Regionalwahlen im Durchschnitt 15 Prozent der Stimmen. Die 80-jährige Traditionspartei Baskisch-Patriotische Aktion (EAE-ANV) wollte kandidieren, sie wurde aber vor den Wahlen ebenso wie die Kommunistische Partei der Baskischen Territorien (EHAK) ausgeschlossen, weil beide „Tarnorganisationen“ der verbotenen Partei Batasuna seien. Daraufhin riefen diese Parteien zur Wahlenthaltung auf. Als Sprecherin der Delegation kritisierte ich, daß es inakzeptabel sei, Parteien aus politischen Gründen zu illegalisieren, die ihre Anliegen demokratisch vorbringen. Als Mitglied des Gernika-Netzwerks für Selbstbestimmung, dem verschiedene Abgeordnete des Bundestages und des Europaparlaments angehören, setzte ich mich für die Möglichkeit eines Referendums

ein, in dem die baskische Bevölkerung über ihre Zukunft demokratisch entscheiden kann.

Menschenrechtsorganisationen im Spanischen Staat aber auch das UN-Menschenrechtskomitee und das Antifolterkomitee beim Europarat CPT beklagen regelmäßig schwere Misshandlungen und Folterungen von inhaftierten Aktivisten sozialer Bewegungen insbesondere aus dem Baskenland durch Sicherheitskräfte im Spanischen Staat. Mit einer Kleinen Anfrage zur „Folter im Spanischen Staat“ (Drucksache 16/11483) wollte ich wissen, wie sich die Bundesregierung etwa bei Polizeilicher Amtshilfe oder von Rechtshilfeersuchen gegenüber Spanien verhält. Doch mit der Begründung „Spanien fördert und achtet - wie auch alle anderen Mitglieder der Europäischen Union - die Menschenrechte und lehnt Folter ab“, verschließt die Bundesregierung die Augen ge-

genüber schweren Menschenrechtsverletzungen in Spanien. Dagegen meine ich: „Mit ihren Scheuklappen gegenüber den kritisierten Menschenrechtsverletzungen im Spanischen Staat erweist die Bundesregierung dem weltweiten Kampf gegen die Folter einen Bärendienst. Mit Folterbehörden darf es keine Zusammenarbeit geben - auch nicht im Namen der so genannten Terrorbekämpfung.“

Nahost im Fadenkreuz

Als Unterzeichnerin von Demoaufrufen und Teilnehmerin und Rednerin an Demonstrationen beteiligte ich mich an Protesten der Antikriegsbewegung gegen die Kriege im Nahen Osten und Afghanistan. Auf einer Antikriegsdemonstration gegen den wochenlangen Luft- und Bodenkrieg der israelischen Armee im Libanon erklärte ich im August 2006 in Dortmund:

„Mit dieser menschenver-

achtenden Barbarei verlassen die israelische Regierung und die Militärspitze den Konsens der zivilisierten Staatengemeinschaft. Wer zu diesen Verbrechen schweigt, macht sich mitschuldig.“ Ich forderte die Bundesregierung auf, die Grenzen für Flüchtlinge aus dem Libanon sofort zu öffnen.

Anlässlich des israelischen Krieges gegen Gaza im Januar 2009 kam es innerhalb der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zu einer Debatte über die Legitimität der Teilnahme an pro-israelischen oder pro-palästinensischen Demonstrationen. Dabei machte ich als eine von mehreren MdBs der LINKEN, die einen Demonstrationsaufruf gegen diesen Krieg unterzeichnet hatten, deutlich, dass sich Linke auf der Seite der angegriffenen Palästinenser positionieren



Foto: mit Inge Höger MdB bei den Protesten gegen den Besuch von US-Präsident G.W. Bush 2006 in Stralsund

sollten. Zur immer wieder aufgeworfenen Frage des Existenzrechts Israels erklärte ich, dass ich zwar die Apartheids-Strukturen des zionistischen Staates gegenüber den über eine Million arabischen Israelis sowie den Bewohnern der besetzten Gebiete, seine Siedlerpolitik und Besatzungspolitik und die kriegerischen Überfälle gegen Nachbarstaaten ablehne. Dies bedeutet keineswegs, eine Negierung des israelischen Existenzrechtes. Doch für eine dauerhafte Lösung entscheidend ist in meinen Augen die Herstellung völliger rechtlicher Gleichstellung aller heute in Israel/Palästina lebender Menschen mit gleichem Zugang zur Infrastruktur und lebensnotwendigen Ressourcen wie Wasser. Dabei gilt es auch das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge zu wahren. Ob die Zukunft der Bewohner Israels und Palästinas in einem gemeinsamen Staat oder in zwei Staaten liegt, muss der Entscheidung der Betroffenen überlassen bleiben. Dass Kritik an Israel nicht antisemitisch sein darf, ist für mich als Antifaschistin ebenso eine Selbstverständlichkeit, wie der Grundsatz, dass Linke zu Krieg, Rassismus und Unterdrückung auch der israelischen Regierung nicht schweigen dürfen.

Hoffnungsträger in Lateinamerika

Die Erfahrungen der von großen Volksbewegungen unterstützten lateinamerikanischen Linksregierungen sind für mich eine wichtige Inspiration auch für antikapitalistische Veränderungen in Deutschland. Daher bin ich auch Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba.

Als mehrere Mitglieder der Linken im Europaparlament im Winter 2006 einer antikommunistisch motivierten Entschließung gegen Kuba zustimmten, gehörte ich zu den schärfsten Kritikerinnen. Gleichzeitig machte ich deutlich: „Gerade DIE LINKE. darf und

wird sich der Diskussion um Menschenrechtsverletzungen in sozialistischen Staaten nicht verweigern. Ich führe diese Diskussion mit einer solidarischen Perspektive. Ich führe sie nicht mit jenen, denen es nicht um Menschenrechte geht, sondern darum, die Menschenrechte als Waffe gegen den Demokratisierungsprozess in Lateinamerika zu instrumentalisieren. Denn dieser Weg wird die Menschenrechtslage nur verschlechtern.“

Mit einer Kleinen Anfrage wollte ich die Haltung der Bundesregierung zur Konferenz „Demokratie auf Kuba“ erfahren, die das von der US-Regierung gesponsorte „Internationale Komitee für Demokratie in Kuba“ (ICDC) vom 24. bis 26. April 2007 mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Berlin veranstaltete. (Drucksache 16/5093) Unter den angekündigten Gästen und Rednern befanden sich neben dem Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe Günter Nooke auch Aktivisten gegen die sozialistische Regierung Kubas, deren Verbindungen zu rechtsterroristischen Gruppierungen belegt sind. Die Konferenz dient offensichtlich dazu, Vorstöße zu einer Verschärfung der EU-Politik gegen Kuba zu befördern.

Aus Anlass des 6. Jahrestages der Niederschlagung des Putsches gegen Präsident Hugo Chavez veranstaltete die Botschaft der bolivarianischen Republik Venezuela in Berlin im April 2008 eine Feier. In einem Grußwort erklärte ich: „Venezuela zeigt erstmals seit dem Ende der Sowjetunion, dass der scheinbar weltweite Triumph des neoliberalen Kapitalismus gestoppt werden kann. Es zeigte, dass eine Umverteilung des Reichtums möglich ist. Endlich profitieren die Armen von den Bodenschätzen des Landes. Eine radikale Demokratisierung hat begonnen.“

Berichte aus den Wahlkreisbüros

Dortmund

Im Februar 2006 öffnete das Wahlkreisbüro Jelpke in Dortmund seine Türen in der Münsterstraße 141 für die Dortmunderinnen und Dortmunder. In den Nachbarräumen nebenan siedelten sich kurz danach auch von Linkspartei, PDS und der WASG Dortmund an und zogen kurze Zeit nach der Vereinigung zur DIE LINKE. im Juni 2007 gemeinsam in unsere Nähe.

Im Mittelpunkt der Arbeit stand zum einen der Kontakt zu außerparlamentarischen Initiativen in NRW und zum anderen konkrete Angebote für Menschen aus Dortmund. Im Laufe des Jahres 2005 etablierte sich ein Frühstück für Erwerbslose. Aus dieser Initiative heraus entstand das Projekt „You'll never walk alone“: Gemeinsam mit dem Kreisverband DIE LINKE. Dortmund fand sich ein Kreis von Leuten mit der Bereitschaft, Menschen zur ARGE zu begleiten und hier auch Hilfestellungen zu leisten. Bei der drohenden Schließung des unabhängigen Arbeitslosenzentrums (AZ) in Dortmund fand ein Informationsgespräch mit dem Vorstand des AZ statt. Weitere Maßnahmen wurden durch den Erhalt des AZ zunächst nicht notwendig.

Eine enge Verbindung zu den Betriebsräten und Gewerkschaften wurde nicht nur über die Betriebsrätekonferenzen der Partei, sondern auch durch den Besuch von Gewerkschaftsveranstaltungen gesucht. Als die Beschäftigten der „Hoesch Spundwand und Vertrieb GmbH“ (HSP) 2006 in Dortmund von Arbeitsplatzabbau bedroht waren, fand eine Besichtigung im Werk und ein Besuch beim Betriebsrat statt. Enge Zusammenarbeit gab es auch mit VertreterInnen türkischer Gewerkschaften. U.a. gab es Initiativen, die Demonstrationen zum 1. Mai in der Türkei vor den Übergriffen der türkischen Polizei und Regierung zu schützen.

Im Mittelpunkt stand bei diesen Begegnungen zum einen die Information über die Situation, aber auch die Frage nach einer Unterstützung durch z.B. parla-

mentarische Anfragen oder direkte Anfragen durch ein Mitglied des Bundestages.

2007 fand für einige Monate die Veranstaltungsreihe „Roter Donnerstag“ statt, die sich mit den Themen Neofaschismus, Flüchtlings- und Asylpolitik beschäftigte.

Neben zahlreichen Kontakten mit außerparlamentarischen Initiativen und aktiven Einzelpersonen organisierte das Büro im Januar 2008 eine Besuchsreihe zu den „Stationen“ mit denen sich Menschen auf der Flucht in NRW konfrontiert sehen: Sie startete in



der Zentralen Aufnahmestelle (ZASt) in Dortmund, führte zum Frauenabschiebeknast in Neuss und von dort zum Düsseldorfer Flughafen, von dem aus Massenabschiebungen unter anderem in das Kosovo durchgeführt werden. Dort fand auch ein Gespräch mit der Bundespolizei statt, bei dem uns auch die Gerätschaften vorgeführt wurden, mit denen die Abschiebenden ruhiggestellt werden, wenn sie sich zur Wehr setzen. Wir konnten dort auch die knastähnliche Unterbringung besichtigen.

Im Frühjahr 2008 führten wir eine weitere Besuchsreihe zum Thema „Obdachlosigkeit und Armut“ in Dortmund durch.

Im Oktober 2007 organisierte das Büro gemeinsam mit Iranerinnen und Iranern eine Konferenz zur Situation im Iran.

Zweimal jährlich fanden viertägige Wahlkreisfahrten nach Berlin statt. Eine der Fahrten wurde als reine Frauenfahrt organisiert. Im Frühjahr 2008 fuhr eine Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener nach Berlin. Alle Fahrten drehten sich inhaltlich vor allem um das Thema „Faschismus und Antifaschismus“. Im Gegensatz zum üblichen Programm des Bundespresse- und -informationsamtes wurden die Besuche nach diesen inhaltlichen Schwerpunkten ausgerichtet, der übliche Besuch bei Ministeriumssprechern unterblieb.

Im Frühjahr dieses Jahres wird auf Initiative des Büros eine Konferenz mit zahlreichen Workshops zum Thema „Innere Sicherheit“ stattfinden.

Zusätzlich zu den großen Veranstaltungen organisierte das Büro Termine zu Gesprächen und Besuchen bei interessierten Kreisverbänden aus NRW, die sich für die inhaltliche Arbeit von Ulla interessieren oder gern ihre eigenen politischen Vorstellungen und Forderungen mit ihr diskutieren wollten.

Die Hauptarbeit im Wahlkreisbüro steckt allerdings in vielen kleinen und wichtigen Einzelgesprächen, die viele von Euch mit uns geführt haben. Für Anregungen, Hinweise und Vorschläge waren wir immer dankbar und hoffen, dass die gute Zusammenarbeit im weiten Feld von Parlament, außerparlamentarischen Initiativen und den Kreisverbänden weiterhin gut gedeiht.

Für den Wahlkreis

Christian Seyda und Katharina Schwabedissen

Münster

Neben Dortmund besteht in Münster ein weiteres Wahlkreisbüro, das im Sommer 2007 eröffnet wurde. Dieses Büro hat sich zu einem Anlaufzentrum für aktive Linke und die Bürgerinnen und Bürger Münsters entwickelt. Es soll darüber hinaus die Vernetzung zwischen Fraktion, Partei und außerparlamentarischen Bewegungen verstärken.

Das Linke Zentrum ist inzwischen zur festen Anlaufstelle von außerparlamentarischen Gruppen und Initiativen geworden. Von hier aus wurden beispielsweise Busse nach Köln zur Blockade des RassistInnenkongress von „pro Köln“ organisiert.

Die Situation von Flüchtlingen vor Ort ist – wie in anderen Städten – schlecht. Häufig sahen sich Flüchtlinge und MigrantInnen in der Vergangenheit der Willkür der Ausländerbehörde ausgesetzt. Wir haben uns in Münster für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen stark gemacht und ihnen Hilfestellungen im Umgang mit den Behörden vor Ort gegeben.

Bei Treffen mit örtlichen, antifaschistischen Gruppen wie VVN-BdA oder der Antifa und selbstverständlich den Ortsgruppen der Linkspartei wurden Informationen ausgetauscht über die Situation vor Ort, welche für die Arbeit im Bundestag sehr wichtig sind. In den Gesprächen spielte der Kampf gegen den lokalen Neofaschismus eine große Rolle. Mit Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit haben wir auf diese Probleme aufmerksam gemacht. Gerade die Flächenkreise im Münsterland haben immer wieder Probleme mit neofaschistischer Gewalt. Beispielsweise drohten Neonazis in Bocholt unserem Genossen Rainer Sauer mit einem Mordanschlag, weshalb wir eine Online-Solidaritätsaktion starteten, um die Öffentlichkeit und die Behörden auf das Problem aufmerksam zu machen.

Für den Wahlkreis

Hannes Dräger

Dülmen

Seit Januar 2009 unterstütze ich mit regelmäßigen finanziellen Beiträgen den Aufbau eines Büros im Kreis Dülmen, ebenfalls im Münsterland gelegen.

Kleine Presseschau

Jeder Arbeitstag im Büro beginnt mit einem Blick in die Presse - was sind die Themen des Tages? Wo gibt es Handlungsbedarf? Selbstverständlich gucken wir dabei auch auf die Darstellung der eigenen Tätigkeit in den Medien. Nicht immer geht es dabei so putzig zu wie im „Torndorfer Tageblatt“, das durch eine Kleinen Anfrage zu Bundeswehreinsätzen im Inland gleich die Versorgung der „Zwieselalm“ durch Mulis der Bundeswehr in Gefahr sah. Gerade am Ende des vergangenen Sommerlochs schossen sich einige Herren Journalisten auf mich ein, um DIE LINKE. zu treffen. Besonders über sie Stränge schlug dabei Herr Deggerich vom „Spiegel“, der mir gleich noch einen „streng geflochtenen Zopf“ und den Spitznamen „Heimkind“ andichtete. Da der Einstieg in seinen Artikel aber sowieso fast wortwörtlich aus einem Portrait über mich in der Zeitung „Das Parlament“ abgeschrieben war, erübrigte sich wohl jede weitere Bewertung ...

Hinter den Kulissen

Oskar Lafontaine und Gregor Gysi geben sich als Anführer einer ganz normalen Partei. Doch sie dulden eine Vielzahl von Extremisten in den Reihen der Linken

„Die Linke will als ganz normale Partei wahrgenommen werden, als eine Art linke Sozialdemokratie“, sagt der Extremismusforscher Eckhard Jesse. „Das ist sie aber nicht, diese Außendarstellung ist verlogen.“ Es gebe in der Partei Links-extremisten in vielfältigen Schattierungen. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) spricht von einem „ambivalenten“ Erscheinungsbild. Und anders als die Kollegen aus dem Saarland sieht auch der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, „die Duldung, Nutzung und Integration eindeutig extremistischer Kräfte“ weiter als ein wesentliches Problem der Linkspartei. Es ist die Strategie der Linken, diese Kräfte dem breiten Publikum nicht vorzuzeigen. Sie eignen sich nicht für das grelle Licht der Öffentlichkeit, weil sie Wähler abschrecken könnten. Aber sie lassen sich auch nicht dauerhaft verstecken.

Denn manchmal melden sie sich recht selbstbewusst zu Wort, so wie neulich Ulla Jelpke. Die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion fiel innerhalb weniger Tage gleich zweimal auf. Erst rückte sie das Bundeskriminalamt in einer Parlamentsdebatte in die Nähe der geheimen Staatspolizei der Nazis. Wenige Tage später forderte sie eine Aufhebung des Verbots der PKK - obwohl die kurdische Terrorgruppe gerade drei deutsche Bergsteiger in der Türkei entführt hatte. Lafontaine und Gysi schwiegen dazu.

DIE WELT, 07.08.2008

LINKE Gysis Heimkind

Ulla Jelpke steht so weit links, dass sich der Verfassungsschutz für sie interessiert. Ihre Alleingänge belasten die Partei - doch die Führung hält an der Abgeordneten fest.

Als Wortführerin des extrem linken Flügels in der Fraktion kritisiert Jelpke die eigenen Genossen, sobald diese in ihren Augen von der reinen Lehre abweichen. Mit Vorliebe nutzt sie für ihre Botschaften die Tageszeitung „Junge Welt“, die laut Verfassungsschutz dem „linksextremistischen Bereich“ angehört. In dem Blatt agitierte Jelpke schon vor ihrer Wahl 2005 in den Bundestag als Ressortleiterin.

Doch egal, ob Jelpke auf Treffen ehemaliger Stasi-Kader ihre Solidarität beteuert, Parteitage der DKP besucht oder bei Grußworten in der venezolanischen Botschaft die „Unbeugsamkeit“ der kubanischen Revolution feiert: Die Fraktionsführer Gysi und Oskar Lafontaine lassen die renitente Rechthaberin fabulieren.

Sie will halt den Sozialismus, „meinetwegen auch den demokratischen“ - uneingeschränkte Bekennnisse zur freiheitlichen Grundordnung klingen freilich anders. Als Folge wird die Abgeordnete wohl weiter auf dem Radar des Verfassungsschutzes erscheinen. Und mit ihr auch ihre Genossen,

DER SPIEGEL, 20.07.2008

Linke Wissbegierde

Zum Auskundschaften des rechten Randes wird der Verfassungsschutz noch gebraucht / Von Stefan Dietrich

Die Linkspartei ist mit Abstand die fleißigste im Bundestag. 2006 und 2007 reichte sie allein 842 Kleine Anfragen ein - fast so viele wie die beiden anderen Oppositionsfaktionen zusammen. Die Koalitionsfraktionen hatten keine Fragen an die Regierung. Ihr Fleiß zeugt allerdings nicht von Enthusiasmus für die parlamentarische Demokratie, sondern zeigt lediglich, dass Die Linke deren Instrumente zu nutzen versteht. „Die wesentlichen Auseinandersetzungen finden ohnehin nicht im Parlament statt“, hieß es 2006 in einem Positionspapier ihrer Bundestagsfraktion, „sondern auf der Straße, in den Betrieben und in den Schulen und Hochschulen.“

Kennzeichnend für Kleine Anfragen von links ist daher, dass die Einleitung, in der die Fraktion ihr umfangreiches Wissen dokumentiert, oft länger ist als der Fragenteil. Folglich will die Fraktion von der Bundesregierung nicht wissen, was sie selbst schon in Erfahrung gebracht hat, sondern wie die Bundesregierung zu diesem und jenem Vorgang stehe, warum sie bestimmte Ereignisse nicht vorhergesehen habe und was sie künftig dagegen zu unternehmen gedenke. Die Zielrichtung dieser parlamentarischen Initiativen ist erkennbar: die, der Bundesregierung Nachlässigkeit und „Blindheit auf dem rechten Auge“ nachzuweisen und dies propagandistisch zu verbreiten.

Die Dokumentationen über das rechts-extremistische Milieu, mit denen die Fraktion die Bundesregierung regelmäßig konfrontiert, sind denn auch so detailliert, dass sie kaum den Mitarbeitern der Fraktion allein erstellt worden sein können. Das müssen sie auch nicht.

Frankfurter Allgemeine, 14.08.2008

Trostberger Tagblatt

Die Lokalzeitung des nördlichen Chiemgaus

und der angrenzenden Gebiete seit 1868



Einzelpreis: 8,80 Euro

Linke monieren Einsatz der Mulis

Verteidigungsministerium muss sich wegen Zwieselalm rechtfertigen

Von Karinenz Kas und Kristina Duna

Bild: d. Reichenbali/Berlin.

Bad Reichenhaller Muli

Welt noch in Ordnung. Nichts

so normales des Politischen

als, dass die Zwieselalm

über Bad Reichenhall betrieben,

berichtet die Partei

am Freitag, 25. Februar 2005

Wahlkampf der Linken

Wahlkampf

Daten und Fakten

224

Kleine Anfragen habe ich bis Februar 2009 für die Fraktion DIE LINKE. an die Bundesregierung gestellt. Zum Vergleich: die Fraktion insgesamt stellte insgesamt 1.306 Kleine Anfragen, die FDP 882 und die Fraktion Bündnis '90/DIE GRÜNEN 652.

401

Anträge hat die Fraktion DIE LINKE in den Bundestag eingebracht, um für ihre Politik zu werben. Davon sind 19 Anträge im Büro Ulla Jelpke entstanden und von der Fraktion fast unverändert beschlossen worden. Die anderen beiden Oppositionsfaktionen hatten - als Koalitionspartner im Wartestand - 535 (FDP) und 582 (Die Grünen) Anträge.

223

Minuten habe ich ungefähr insgesamt vor dem Bundestag geredet, zu 51 Gelegenheiten. Allerdings einige Male nur virtuell: der Bundestag hat ein Verfahren beschlossen, nachdem sich Abgeordnete darauf verständigen können, ihre Rede nur „zu Protokoll“ zu geben. Da nach 19 Uhr keine Kameras mehr an sind und auch keine Besucher mehr im Reichstag, finden Debatten fast komplett vor leeren Rängen statt. Das wollen sich die meisten doch lieber ersparen.

286

Fragen enthielt meine Große Anfrage zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland und war damit die mit Abstand umfangreichste der 10 Großen Anfragen der Linksfraktion. Zu diesen konnte ich noch eine weitere Große Anfrage zum Asylbewerberleistungsgesetz beisteuern. Die FDP stellte insgesamt 17, die Grünen sogar 24 Große Anfragen.